

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
13. September 1909

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Jeklin (Zunder), Wilhelmsstraße,
Post-Belegloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Zum Leipziger Parteitag. — Die Schwedischen Proletarierinnen im Massen-
streik. Von Kata Dalstroem. — Die Hinterbliebenenversicherung. Vor-
trag von Ed. Gräf auf dem Krankenkassenkongress in Berlin. (Schluß.) —
Die Landarbeiterin und die Sozialdemokratie. Von Otto Braun. — Die
weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1908.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von
H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Aus-
land. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Zum Leipziger Parteitag.

Leipzig! Die besten Traditionen der Sozialdemokratie, des
Klassenbewußten kämpfenden Proletariats in Deutschland treten
bei der Nennung dieses Namens greifbar verkörpert vor uns.
An entscheidenden Wendepunkten der modernen deutschen Ar-
beiterbewegung steht er für immer leuchtend in der Geschichte;
er fehlt nicht an hervorragender Stelle auf den Seiten, die
von dem Kampf der Partei unter der entfesselten Unbill des
Sozialistengegesetzes melden, auf denen das Ringen um innere
Klarheit und Reife und äußere Festigkeit verzeichnet ist.

Mitglieder des Leipziger Arbeiterbildungsvereins, dessen
Seele bald Bebel wurde, gehörten in den sechziger Jahren
des vorigen Jahrhunderts zu den ersten kraftvollen Trägern
jener geistigen Gärung und Bewegung, welche die deutschen
Proletarier aus dem seichten Ninnsal der bürgerlichen Bildungs-
simpelei in den weiten Ozean des politischen Klassenkampfes
hinaustrug. Dank Wahlteichs und Friisches Drängen gab das
aus Arbeiterversammlungen hervorgegangene Leipziger Zentral-
komitee Lassalle den äußeren Anstoß zur Abfassung seines un-
sterblichen „Offenen Antwortschreiben“, das das deutsche Prole-
tariat als politische Klassenpartei auf den Plan rief und ihm
das allgemeine Wahlrecht als nächstes Kampfesziel aufpflanzte.
In Leipzig entwickelten sich bald Ansätze zur gewerkschaftlichen
Organisation der Arbeiter, und die Ideen der internationalen
Arbeiterassoziation schlugen hier Wurzeln, die in der Gewerks-
genossenschaft der Manufakturarbeiter zu Grimmitzschau unter
Mottelers Leitung wohl ihren kräftigsten Schößling trieben.
Neben Schweigers „Sozialdemokrat“ in Berlin waren es in den
Anfängen der Klassenbewußten Arbeiterbewegung in Leipzig
das „Demokratische Wochenblatt“, später in höherem Maße
noch der „Volkstaat“, von Liebknecht redigiert, die der Er-
weckung des deutschen Proletariats und seiner Erfüllung mit sozia-
listischem Geiste dienten. Lernend, lehrend und kämpfend machten
die Bebel, Liebknecht, Motteler, Friis, Wahlteich und andere,
die die junge sozialistische Bewegung mit ihrem Herzblut nährten,
Leipzig zu einem geistigen Mittelpunkt des neuen proletarischen
Klassenlebens. Und so fanden das Ungewitter des Ausnahme-
gesetzes und andere äußere und innere Stürme hier einen kern-
haften Stamm der Sozialdemokratie, der sich weder biegen noch
brechen ließ. Die Geschichte der Leipziger Arbeiterbewegung spiegelt
besonders scharf und rein Charakterzüge wider, welche in ihrer
Vereinigung bisher kennzeichnend für die deutsche Sozialdemo-

kratie im allgemeinen sind. Das Streben nach grundsätzlicher
Klarheit über die Richtung und den Zusammenhang alles ge-
sellschaftlichen Seins und Geschehens, eine Klarheit, die aus
dem Blick auf das Endziel des proletarischen Befreiungskampfes
Festigkeit und hohen Idealismus schöpft. Die richtige Wertung
der realen Macht, die zur ungetrübten Beurteilung der Gegen-
wart und ihrer Aufgaben und zur Pflege einer wohlgefühten
Organisation führt.

So sei es ein gutes Omen, daß der diesjährige Parteitag
der deutschen Sozialdemokratie in Leipzig zusammentritt. Die
Situation, in der sie das politische Erbe des kämpfenden Pro-
letariats verwaltet, fordert heute gebieterischer als je die kräftige
Entwicklung und innige Verquickung dieser Wesenseigenheiten.
Die offiziellen Statistiken und Erhebungen schreiben in Ziffern
nieder, wie unaufhaltsam die kapitalistische Ordnung durch die
Anhäufung der Produktionsmittel in den Händen weniger an
dem einen Pol der Gesellschaft, der Anhäufung vieler Millionen
ausgebeuteter Habenichtse an dem anderen Pol ihrem „Um-
sturz“ entgegentreibt. Was uns die letzte Berufs- und Ge-
werbezählung in Deutschland darüber sagt, ist bereits durch
die seitherige Entwicklung überholt, die in dem Zeichen der
Krise gestanden ist, welche die ausgezeigten Tendenzen be-
schleunigt und verstärkt.

Der Verschärfung der wirtschaftlichen Klassegegensätze ent-
spricht die Zuspitzung der Klassenkämpfe. In allen Ländern
mit fortgeschrittener oder rasch fortschreitender kapitalistischer
Wirtschaft findet sie ihren Ausdruck ebenso in dem Aufmarsch
Klassenbewußter Arbeiterbataillone, wie in der rückläufigen Ent-
wicklung des bürgerlichen Liberalismus, der bürgerlichen Demo-
kratie. Diese letztere Erscheinung tritt besonders sinnfällig
in Deutschland zutage, wo das Bürgertum nie eine machtvolle
Demokratie entwickelt hat, weil es — das Proletariat fürchtend
und hassend — seinen eigenen politischen Emanzipationskampf
nie zu Ende zu führen wagte und schon während der achtund-
vierziger Revolution die Revolution verriet, welche allein an
ihrem gewaltigen Herdfeuer Deutschland in einen modernen
bürgerlichen Staat umschmieden konnte. Auch nicht ein großes
Gebiet, auch nicht ein entscheidender Vorgang des politischen
Lebens der letzten Zeit, der nicht bestätigte, daß der deutsche
Liberalismus samt seinen freisinnigen und volksparteilichen
Anhängseln in Eilmärschen zur offenen Reaktion hinüber-
flüchtet. Diese Tatsache weist dem deutschen Proletariat
unter Führung der Sozialdemokratie vermehrte bedeutsame
Aufgaben zu und stellt ihm gleichzeitig die erbittertsten Kämpfe
in Aussicht, in dem es allein auf seine eigene Macht ange-
wiesen ist. Im rechten Augenblick hat da der gewaltige
Generalstreik in Schweden die schier unerschöpflichen Schätze
an Kraft gezeigt, die in der proletarischen Masse schlummern,
und die Organisation und Idealismus im Verein für den
Kampf zu heben vermögen. Im Lichte dieser Erkenntnis hat
der Parteitag in Leipzig die Aufgaben der Sozialdemokratie
zu werten und Wehr und Waffen zu prüfen. Und er tut
nur, was seines Amtes ist, wenn er dabei kritischer an das
Leben der Partei und die Tätigkeit ihrer Organe herantritt.

Nicht unbrüderliche, unfruchtbare Nörgelsucht ist es ja, welche die Sonde seiner Kritik führt, es ist die Notwendigkeit, Wegweiser für Arbeit und Kampf in der nächsten Zukunft aufzurichten.

Die Frage der Taktik steht zwar nicht auf der Tagesordnung des Parteitag, aber wie ein roter Faden wird sie sich dennoch durch alle Verhandlungen ziehen. Nach dem gegebenen Kampfesfeld und den vorliegenden Kampfesbedingungen gibt es für die Partei nur eine erfolgreiche Taktik, die ihre parlamentarische und außerparlamentarische Betätigung leiten muß. Die Taktik des zähesten Festhaltens, der klarsten Herausarbeitung der Grundsätze, welche die Partei von allen bürgerlichen Parteien scheidet, welche sie in Todfeindschaft der bürgerlichen Gesellschaft entgegenstellen. Eine solche Taktik darf gewiß die parlamentarische Konstellation nicht übersehen, aber sie wird sie nicht als ausschlaggebende Kraft, sondern lediglich als Spiegelung und Gradmesser der Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen sozialen Schichten außerhalb der Parlamente. Deshalb muß die Berücksichtigung der Wirkung auf die Massen, insbesondere der proletarischen Massen in Stadt und Land, der oberste taktische Gesichtspunkt für Arbeit und Kampf der Sozialdemokratie sein. Die Massen sind die unversiegbare Quelle ihrer Macht, sie gilt es zu erfassen, zu sammeln und mit sozialistischer Erkenntnis zu durchdringen. Mit diesem Ziel ist eine Taktik des Vertuschens der Gegensätze ebenso unvereinbar, als eine Taktik des starken Betonens dieser Gegensätze es fördert.

Wir stimmen in der Folge den Genossen zu, nach deren Meinung der Kampf gegen die „Finanzreform“ sowohl im Reichstag wie im Lande weit schärfer hätte geführt werden sollen, als dies geschehen ist. Es ist zur Abwehr dieser Kritik gesagt worden, daß die Massen selbst erst in der letzten Phase des parlamentarischen Kampfes gegen den Steuerraubzug in stärkere Bewegung geraten seien. Doch war es nicht gerade die Aufgabe der Sozialdemokratie, durch ihr Vorgehen eine solche Bewegung früher auszulösen und später zu steigern? Das aber besonders angesichts der Tatsache, daß in Deutschland die Massen schwerfälliger sind als in manchem anderen Lande, dazu an eine stramme Disziplin gewöhnt, die auf die Losung von oben her wartet. Will die Sozialdemokratie die Massen ins Geseht bringen und führen, so muß sie ihnen vorangehen und darf nicht warten, bis sie von ihnen vorwärts gestoßen wird. Ein schärferes Auftreten der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage wäre unzweifelhaft von wesentlichem Einfluß darauf gewesen, daß die proletarischen Massen ihre zeitweilige müde Anlust am politischen Leben überwunden hätten. Jeder kraftvolle Versuch der Obstruktion würde weit über das Proletariat hinaus auch in den Kreisen der Kleinbürger und Kleinbauern einen gewaltigen Nachhall erweckt haben. Auch die Haltung der Partei im Kampfe gegen das selbstherrliche Regiment war unserer Meinung nach nicht scharf und kräftig genug. Ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien und die Hoffnung, sie mitzureißen, sollte damals die Sozialdemokratie den Ruf erheben: Hoch die Republik! Wir halten es für selbstverständlich, daß der Parteitag sehr kurz, aber auch sehr bündig seine Meinung über die „Hofgängerrei“ sagt, wie über das an Selbstverhöhung grenzende Liebeswerben einzelner Genossen um die Bundesbrüderschaft der nämlichen Liberalen und Freisinnigen, die den Stiefelabdruck der Konservativen auf der Rehrseite, die Träne um sie im Auge haben.

Auch die Maifeier gehört zu den Fragen, deren Erörterung unseres Dafürhaltens in die stolze Mahnung ausklingen muß: Aufrüsten! Sowohl die Rücksicht auf die internationale grundsätzliche Bedeutung der Maifeier, wie auch ihr agitatorischer und erzieherischer Wert fordert das Festhalten an der Arbeitsruhe sowie die immer kräftigere Agitation für ihre Ausdehnung. Alles Mitgefühl mit dem leidenden Proletariat darf uns nicht hindern, an die stärkste, opferbereite Energie des kämpfenden Proletariats zu appellieren. Darum sollte die Frage der Unterstützung der Maigemaßregelungen nicht derart — wie es von verschiedenen Seiten geschieht — zum

Dreh- und Angelpunkt der Frage gemacht werden. Hand in Hand mit einer umfassenden, einheitlichen, überzeugenden Agitation für die Arbeitsruhe muß die Erziehung der proletarischen Massen zur idealsten persönlichen Opferwilligkeit jedes einzelnen ihrer Glieder gehen. Was solche persönliche Opferwilligkeit zu leisten fähig ist, in welcher starke reale Macht sich die ideale Gesinnung umlegt, das haben unsere kämpfenden schwedischen Brüder und Schwestern ohne große Worte, aber mit um so größeren Taten erhärtet. Die Befundung des unerschütterlichen Willens von Hunderttausenden, das Symbol ihrer Überzeugung unter Opfern ihrer Klasse voranzutragen, ist die beste Schutzwehr gegen drohende Maßregelungen größerer Gruppen von Maifeiernden. Was der Demonstration warm pulsierendes Leben, imponierende Kraft, fortreißende Wirkung zu verleihen vermag, das ist gerade der Einsatz der persönlichen Werte des einzelnen. Daher erscheint uns auch die Anregung verfehlt, die Arbeitsruhe durch einen Millionenkampfesfonds zu ersetzen. Wie wichtig und wertvoll die Mehrung des sozialdemokratischen Kriegsschatzes ist, würde doch ein solcher Kampfesfonds die idealen Werte der Arbeitsruhe nicht entfernt aufwiegen. Er ermöglichte dem einzelnen eine alles in allem billige Ablösung von den persönlichen Opfern des Kampfes um die Arbeitsruhe, und während er auf der einen Seite die materiellen Hilfsmittel der Partei steigerte, minderte er auf der anderen Seite den Idealismus, der an Bedeutung nicht hinter der gefüllten Kasse zurücksteht.

Die Frage der „Reichsversicherungsordnung“ ist in den letzten Monaten in der „Gleichheit“ so ausführlich behandelt worden, daß wir sie heute hier füglich übergehen können. Was den nächsten Internationalen sozialdemokratischen Kongress zu Kopenhagen anbelangt, zu dem der Parteitag Stellung nimmt, so ist im Interesse unserer proletarischen Frauenbewegung eines hervorzuheben. Nach den Beschlüssen der Ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen, die 1907 in Stuttgart getagt hat, sollte dem Kopenhagener Kongress die zweite solche Tagung vorausgehen. Ihren Nutzen hat die Stuttgarter Konferenz in mehr als einer Hinsicht erwiesen. Sie hat nicht nur eine weit engere Fühlung zwischen der sozialistischen Frauenbewegung der verschiedenen Länder herbeigeführt, sondern auch darauf hingewirkt, diese immer fester und zielklarer der allgemeinen sozialistischen Bewegung einzugliedern. So hat sie in Wechselwirkung die Beteiligung der Frauen am proletarischen Klassenkampf gesteigert, aber auch umgekehrt das Eintreten des organisierten männlichen Proletariats für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts kräftiger gestaltet. Wir sind überzeugt, daß eine zweite internationale Konferenz der Genossinnen in jeder Richtung noch Besseres leisten würde. Die Vorbedingungen dafür sind in den Erfahrungen der ersten Tagung gegeben wie in ihrem Erfolg. Die Genossinnen der verschiedenen Länder haben daher in der letzten Zeit die Vorbereitung einer Zweiten Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen angeregt. Ob jedoch diese Anregung in die Tat umgesetzt werden kann, das hängt in hohem Maße davon ab, ob es die Partei den Genossinnen ermöglicht, der Bedeutung ihrer Bewegung entsprechend an der Konferenz teilzunehmen.

Die Umgestaltung des Organisationsstatuts wird sicherlich die eingehende Behandlung finden, die ihrer Bedeutung zukommt. Ist doch die Organisation das Werkzeug, dessen die Erkenntnis, der Wille der Vielen bedarf, um sich einheitlich und mit Wucht in die Tat umzusetzen. Auch das zur Beratung stehende Statut ist wie seine Vorgänger kein Neubau, sondern ein Versuch, auf der Grundlage des organisatorisch Gegebenen den neuen Anforderungen gerecht zu werden, welche an die zusammenfassende, vereinheitlichende Kraft, gleichzeitig aber auch an die Schmiegsamkeit und Beweglichkeit des organisatorischen Rahmens der Partei und ihres Lebens gestellt werden. In mehr als einer Bestimmung trägt es Geburtsmale, stellt es sich als Kompromiß zwischen dem geschichtlich Überkommenen und neuen Bedürfnissen, Einsichten und Institutionen dar. Es ist keine leichte und einfache Aufgabe, das reiche, blühende Leben, das sich in den einzelnen Bundesstaaten und Landes-

teilen in den politischen Organisationen, den Vertretungen zum Reichstag, zu den Landtagen und Gemeinderäten, in der Presse, in den Bildungsinstitutionen und im weiblichen Proletariat bekundet, unter einen organisatorischen Hut zu bringen. Denn es ist zum Teil unter sehr verschiedenen geschichtlichen Bedingungen erwacht und gewachsen und muß noch jetzt mit ihnen rechnen.

Wir greifen aus dem Statut nur die wichtigsten Bestimmungen heraus, die sich auf die Organisierung der Frauen beziehen. Der Forderung, daß dem Vorstand jeder sozialdemokratischen Organisation mit weiblichen Mitgliedern eine Genossin angehören muß, messen wir keine allzu große Bedeutung bei. Wir wissen, daß wo nichts ist, auch der Kaiser das Recht verliert. Dennoch möchten wir sie nicht gestrichen oder abgeschwächt sehen, wie dies viele Anträge bezwecken. Denn nach allen praktischen Erfahrungen wird sich die Vorschrift als eine moralische Stütze für die Genossinnen in Orten erweisen, wo die Genossen noch ein Schwänzchen vom Philisterzopf des Vorurteils gegen das weibliche Geschlecht tragen, und als ein Sporn für die Genossinnen und Genossen, Frauen zu schulen, die den Aufgaben des Vertrauensamtes gewachsen sind. Der Modus, nach welchem die Genossinnen als Delegierte gewählt werden sollen, erscheint uns — wie die Bestimmungen über die Vertretung zum Parteitag überhaupt — nichts weniger als ideal. Die weitere Entwicklung des Parteilebens wird mit Notwendigkeit zu einer anderen Regelung der Delegierung zum Parteitag führen, und das jedenfalls in naher Zukunft. An den Genossinnen liegt es, sich bis dahin durch ihr Wirken eine Position zu schaffen, die ihnen die Beteiligung an den Arbeiten aller sozialdemokratischen Tagungen in einem Umfang sichert, welcher das aufklärende Werben unter den proletarischen Frauenmassen und die Schulung der weiblichen Parteimitglieder fördert.

Gegen die Verpflichtung der Parteioorganisationen, ihren weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ gratis zu liefern, haben wir uns schon im vorigen Jahre in Nürnberg entschieden ausgesprochen. Es muß unseres Erachtens Sache der Lokal- und Kreisorganisationen bleiben, darüber zu entscheiden, ob den organisierten Frauen das Blatt gewährt wird. Sie können am besten beurteilen, ob die mancherlei Vorbedingungen dafür vorhanden sind. Wir denken dabei nicht nur an die Höhe der Beiträge der Genossinnen, sondern auch an das numerische Verhältnis zwischen ihnen und den Gewerkschafterinnen am Ort, die das Blatt erhalten. Und wir gestehen es offen: wenn wir die Wahl haben zwischen der obligatorischen Einführung der „Gleichheit“ durch die Partei oder durch eine Gewerkschaft, so ziehen wir das letztere vor. Dadurch werden in den Bannkreis der sozialistischen Ideen auch solche proletarische Frauenkreise gezogen, die noch nicht von ihnen erfaßt waren. Und damit kommen wir auf den Hauptgrund, weshalb wir die Neuerung nicht befürworten können. Sie würde zwar für die Gegenwart den Leserkreis der „Gleichheit“ nicht unbedeutlich erweitern, ihn aber dafür in der Zukunft höchst wahrscheinlich begrenzen. Seine Ausdehnung wäre in der Hauptsache an das Wachstum des weiblichen Mitgliederstandes der Partei gebunden. Das genügt uns nicht. Wir wollen, die „Gleichheit“ soll darüber hinaus unter die noch nicht politisch organisierten Proletarierinnen gehen und sie als Mitglieder für die Sozialdemokratie rekrutieren und schulen. Damit wird gleichzeitig den Genossinnen ein großes Arbeitsfeld eröffnet, ein Arbeitsfeld, auf dem sie — solange die Frauen das Wahlrecht nicht besitzen — die Ausbreitung der sozialistischen Ideen unter dem weiblichen Proletariat messen können, wie ihr Vormarsch unter den Arbeitern an den sozialdemokratischen Wählerstimmen gemessen wird. Davon abgesehen, vermehrt die Agitation für die „Gleichheit“ und ihr Austragen die Gelegenheit für die Genossinnen, mit noch unaufgeklärten Proletarierinnen persönliche Beziehungen anzuknüpfen und zu pflegen, die in Anbetracht von deren Lebensbedingungen und Lebensgewohnheiten von großer agitatorischer Bedeutung sind.

Die Rücksicht auf den Raum zwang uns, nur wenige Punkte des umfangreichen Arbeitsprogramms herauszugreifen, das dem

Parteitag vorliegt, und auch sie nur gedrängt zu erörtern. Wir sehen der Tagung in ruhiger Zuversicht entgegen. Sie kann die Zeichen der Zeit nicht mißverstehen. Und so wird sie die Sozialdemokratie zeigen, den Kleinmut ängstlicher Freunde belächelnd, der Gewalt einer Welt von Feinden nicht achtend, entschlossen in männlichem Vertrauen auf die Macht des Proletariats zu kämpfen und zu siegen.

Die schwedischen Proletarierinnen im Massenstreik.

Seit bald vier Wochen tobt in Schweden der äußerlich ruhige, aber trotzdem tief einschneidende, erbitterte Niesenkampf zwischen Kapital und Arbeit. Und alle diese Zeit haben die proletarischen Frauen überall zusammen mit den Männern fest gestanden, obgleich es in der Natur der Dinge liegt, daß die Last, die ihnen der Kampf auferlegt, in vielen Fällen noch schwerer ist als die der kämpfenden Männer des Proletariats.

Lange Jahre hindurch ist eine besondere Agitations- und Aufklärungsarbeit sowohl gewerkschaftlicher wie politischer Natur unter den schwedischen Frauen betrieben worden. Ziemlich große Scharen von arbeitenden Frauen, die in den Industrien des Landes beschäftigt sind, wußten folglich, was die Organisation für den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse bedeutet. Als die Verhältnisse sich so scharf zugespitzt hatten, daß die große Verteidigungsschlacht für einen tatsächlich entscheidenden Einfluß der Arbeiter auf ihre Arbeitsbedingungen nicht mehr zu umgehen war, zeigten sich diese Frauen von Anfang an entschlossen, ihre Pflicht im gemeinsamen Kampfe voll und ganz zu erfüllen.

In Stockholm, Gothenburg, Malmö, Norrköping, Borås usw. finden wir daher heute viele Tausende arbeitender Frauen, die entweder durch ein Glied ihrer Familie von der Massenauspernung mitgetroffen worden sind, oder die selbst im Massenstreik stehen, der dem Lockout als Antwort folgte. Die Arbeiterinnen der Herrenkonfektion sind schon von langer Hand ausgesperrt worden, und der Schwedische Arbeitgeberverband warf am 26. Juli mit seiner ersten Massenauspernung Tausende Textilarbeiterinnen aufs Pflaster. Gerade sie, weil die Herren nur allzu gut wußten, daß die Textilarbeiterinnen mit ihren elenden Löhnen so gut wie keine Möglichkeit haben, sich einen Notpfennig auf die Seite zu legen. Auch erwerbstätige Kinder in sehr großer Zahl wurden in der Textilindustrie ausgesperrt. Dazu kamen am 4. August alle die anderen, als der Generalstreik erklärt werden mußte. Zum erstenmal in der Geschichte des schwedischen Proletariats galt es jetzt, diese großen Massen von Arbeiterinnen zu erfassen und zu halten, die alle auf einmal ihre Feuerprobe bestehen mußten! Wie würde es den Arbeiterinnen möglich sein, trotz dem schweren Drucke der Not und ungeachtet der Drohungen oder auch Lockungen der mächtigen Herren Fabrikanten die ganze Zeit im Kampfe auszuharren? Und eine andere, vielleicht noch angstvollere Frage: Wie würden wohl die hunderttausend und noch mehr Arbeiterfrauen die Hauswirtschaft weiterführen können, wenn nach dem 4. August auf keine Streikunterstützung zu rechnen war?

In den letzten Wochen haben die Proletarierinnen Schwedens uns allen, die wir seit Jahren in der sozialistischen Bewegung tätig sind, auf unsere bangen Fragen eine so glänzende Antwort gegeben, daß unsere kühnsten Hoffnungen weit übertroffen worden sind.

Sobald der Kampf ausbrach, war es natürlich notwendig, unter den Frauen eine besondere Agitation zu entfalten. Schon am 5. August veranstaltete zum Beispiel in Stockholm der Ausschluß der sozialdemokratischen Frauenkongresse eine Massenversammlung für Frauen. Sie wurde im Freien, außerhalb der Stadt, in dem sogenannten „Hornsbergshagen“ abgehalten und war von 7000 bis 8000 Frauen und Männern besucht. Die Versammlung war in solcher Eile vorbereitet worden, daß es nicht einmal eine Rednertribüne gab. Genossin Ruth Gustafs-

son begrüßte die Menge von einem kleinen Hügel aus, worauf die Unterzeichnete in ausführlicher Weise die Ursachen des Miesenkampfes klarlegte. Kräftig habe ich dabei darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse in Verteidigung ihrer natürlichen Rechte handelt. Der Kampf geht darum, ob es den Unternehmern möglich sein soll, ihre Absicht durchzuführen, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken, indem sie durch die ständige Drohung mit Massenauspeerrung das durch tausend Kämpfe erworbene Recht der Arbeiter illusorisch machen, über ihre Arbeitsbedingungen erfolgreich mitreden zu können. Und daß es sich nicht um Vermutungen und übertriebene Befürchtungen handelte, sondern daß es höchster Ernst war, wurde an der Hand der geradezu furchtbaren Lohnkürzungen für die Arbeiterinnen in der Herrenkonfektion ziffernmäßig nachgewiesen. Darauf fragte ich: Genossinnen, könnt und wollt ihr, nachdem ihr jetzt wißt, wie die Dinge liegen, eure Kameraden der Billfür der Unternehmer ausliefern? Stürmische Rufe ertönten: Nein, nein! Jawohl, dann aber gilt es in diesem gerechten Kampfe auszuhalten, fuhr ich fort. Und ihr Frauen, seid euren Männern eine Stütze! Kein Weinen oder Klagen darf der kämpfende Mann und Vater zu Hause hören, wenn das Brot immer knapper wird oder ganz mangelt — und es wird mangeln! Erinnert euch dann, daß ihr jetzt einen Kampf aufgenommen habt, der ebenso furchtbar ist wie der, welcher auf den Schlachtfeldern mit Waffen ausgelämpft wird. Jetzt ist der Kampf bitterster Ernst! Haltet aus!

Diese Worte fanden begeisterte Zustimmung. Der Gesangsverein unseres Frauenklubs und der des sozialdemokratischen Jugendbundes ließen einige stimmungsvolle Lieder erschallen, und dann war die erste Massenstreikversammlung der Frauen zu Ende. Dragoner waren während ihrer Dauer am anderen Ufer eines kleinen Kanals postiert, der den Platz des Meetings begrenzt; Massen von Polizei zu Fuß und zu Pferd waren aufgeboten, die Ruhe wurde jedoch nicht im geringsten gestört.

Nach dem Beispiel dieser großen Frauenversammlung in Stockholm fanden jetzt überall im Lande besondere Meetings statt, wo den Frauen klar gemacht wurde, welches die Ursachen des Kampfes seien, und um was es sich in Wirklichkeit handelt. Hervorgehoben wurde auch, daß der Kampf den Arbeitern aufgezungen und defensiven Charakters ist. Die Mühe dieser aufklärenden Arbeit ist tausendfach belohnt worden. Wieviele schlechte schwedische Proletarierinnen haben sich nicht während dieses Streikmonats als echte, rechte Heldinnen und Märtyrerinnen erwiesen. Sind es doch die Frauen, die am schwersten von den Leiden betroffen werden, welche der Kampf im Gefolge hat. Fast mit Nichts müssen sie wirtschaften, das Heim zusammenhalten, ihnen fällt es zu, die jammernden Kinder nach Brot zu besäufigen und zu trösten, um den Mut der Männer zu stärken.

Aus allen Teilen des weiten Landes kommen Nachrichten, die den frohen Opfermut der Frauen bezeugen. Aus einem Sägemühlendistrikt im Norden, wo es schon bald einige Streikbrecher gab, wird von einer Frau berichtet, deren Mann „Judasdienste“ leistete. Sie packte den Verräter einfach am Kragen und holte ihn von der Arbeit weg. An anderen Orten betätigten sich die Frauen in trefflicher Weise bei der Kinderfütterung, welche während der Dauer des Massenstreiks dort eingerichtet worden ist, wo es notwendig erscheint. So zum Beispiel in der Industriestadt Eskilstuna, wo 500 Kinder bis jetzt jeden Tag eine gute Mahlzeit erhalten haben.

Die schlimmste Not tritt in den Großstädten auf, denn in gewissen Kreisen der werktätigen Bevölkerung von Stockholm, Gothenburg, Malmö, Norrköping herrscht sie ja auch in gewöhnlichen Zeiten in Permanenz. Man kann sich vorstellen, wie es um diese nun stehen muß, wo viele Zehntausende brotlos sind. Auch Tausende von Arbeiterinnen in den Werkstätten der Bekleidungs- und der Schuhindustrie, in den Bäckereien, Konditoreien und allen voran die Massen der Textilarbeiterinnen haben ihren kleinen Wochenlohn nicht mehr. Besonders schlimm sind die Textilarbeiterinnen daran, die alle schon vor dem Massenstreik seit dem 26. Juli ausgesperrt sind.

Ich kann auf Grund meiner persönlichen Wahrnehmungen bezeugen, daß sie in Gothenburg schon gänzlich entblößt von allen Mitteln in den Kampf gegangen sind. In vielen Fabriken besteht ein Trudsystem weitreichendster Art. Die Arbeiter, Männer wie Frauen, wohnen in Häusern, die der Aktiengesellschaft gehören, die Eigentümerin der Fabrik ist; sie kaufen ihre Lebensmittel, Kleider und allen anderen Lebensbedarf in den Läden der nämlichen Gesellschaft, von der sie auch fast immer kleine Vorschüsse auf Lohn erhielten. Als nun vor der Ausspeerrung die letzte Lohnzahlung erfolgte, wurden alle Vorschüsse abgezogen; sie waren oft in Höhe des ganzen Wochenlohnes, so daß den armen Mädchen auch nicht eine einzige Krone in der Tasche blieb, als sie den Kampf aufnehmen mußten! Viele haben vor Verzweiflung geweint, andere wurden angesichts der brutalen und schäbigen Rücksichtslosigkeit der Herren Fabrikanten ganz wütend. In diesem Augenblick haben sie ganz verstanden, was es bedeutet, den Unternehmern auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert zu sein. Der Kredit in den Läden, wo sie einzukaufen pflegten, war mit einem Male abgeschnitten, und Kredit unter diesen Umständen in anderen Läden zu erhalten, war natürlich nicht möglich. Würde nicht in einer solchen Situation eine noch viel stärkere genossenschaftliche Organisation und Bewegung, als wie wir sie in Schweden haben, von ungeheurem Nutzen gewesen sein!

Aber trotz allem haben auch die Textilarbeiterinnen mutig ausgehalten! Da ich die Verhältnisse in Gothenburg aus eigener Anschauung kenne, will ich einiges von den Erfahrungen erzählen, die man dort während des Kampfes gemacht hat. Am 18. August fand eine Massenversammlung der Frauen in Krokaeng (ein Volkspark außerhalb der Stadt) statt, der 7000 bis 8000 Personen beiwohnten. Es gibt in Gothenburg nicht weniger als 4536 ausgesperrte Textilarbeiter, wovon die große Mehrzahl Frauen und ganz junge Mädchen sind. Täglich werden zwei oder drei kleinere Frauenversammlungen für die Arbeiterinnen verschiedener Branchen oder für die verheirateten Frauen bestimmter Stadtteile abgehalten, kurz für die Proletarierinnen, die die Not am meisten zu fühlen bekommen.

Aber was konnte schließlich doch alles Reden helfen, wenn die Frauen selbst nicht so heroisch die Leiden des Kampfes ertragen wollten! Ein junger Genosse kam vor einigen Tagen von einem Besuch in den ärmsten Vierteln der Stadt zurück. Er sagte: „Da oben auf den Hügeln, in den Mietkasernen, wo die Frauen sonst nie Frieden halten könnten, sondern immer miteinander zanken und schelten, teilen sie jetzt miteinander das letzte Stückchen Brot. Es ist ganz rührend, da oben herumzugehen.“

Aberall derselbe Heroismus. Eines Tags kam eine Frau in einen Laden, um auf Kredit ein bißchen Milch für ihr Kindlein zu erbitten. Sie bat vergebens. Einer unserer Vertrauensmänner war zufällig in dem Laden, er hatte die Szene beobachtet und steckte jetzt der Frau eine Krone in die Hand. Niemals, so hat er mir erzählt, werde ich den Blick der Frau vergessen und ihr einfaches: „Ich danke.“ Erklärend hat sie dann hinzugefügt: „Mehrere Tage lang habe ich nur Hafermehl und Wasser für meine Kleinen gehabt, aber das verträgt es schlecht. Und ich will meinen Mann nicht bitten, Streikbrecher zu werden, sehen Sie, denn das ist so schlecht!“

Tausende und wieder tausende Proletarierinnen kämpfen denselben bitteren Kampf wie diese Frau, wollen es aber ihren Mann nicht merken lassen, um seine Stimmung nicht niederzudrücken. In den Streikversammlungen sehe ich oft deutlich, welche schwere Bürde von Sorgen und Opfern auf den Frauen lastet, die mit ihren Männern im Kampfe stehen. Und es tut mir im Herzen weh, ihnen trotz allem zuzurufen zu müssen: haltet weiter aus im Kampfe, in dem Streit, der dem äußeren Anschein nach so ruhig verläuft, der jedoch mit aller Erbitterung und Rücksichtslosigkeit durchgeföhrt wird. Aber am herzerreißendsten ist es für mich, die Tausende junge Mädchen in der Textilindustrie in ihrer Not vor mir zu sehen, ihre von Hunger sieberglänzenden Augen, und ihnen trotz allem zu sagen: Haltet noch eine Weile aus!

Die Unternehmer in Gothenburg haben alles getan, um gerade die jungen Textilarbeiterinnen wieder an die Arbeit und aus ihrer Gewerkschaft herauszulocken. Seit fünf Wochen schon sind sie ausgeperrt, ohne die Unterstützung der Genossen und Genossinnen im Ausland würde es unmöglich gewesen sein, daß sie sich hielten, nun aber haben sie sich dank ihrer Hilfe in der Not tapfer bis jetzt durchgeschlagen. Noch stehen hier in Gothenburg die meisten von ihnen fest, auch die ärmsten, kein einziger Betrieb hat volle Belegschaft, die meisten arbeiten nur mit einem geringen Bruchteil der früheren „Hände“.

Eine junge Weberin hatte ihr kleines Kind zu versorgen. Eine Nachbarfamilie versprach ihr, es zu sich zu nehmen — wenn sie als Streikbrecherin in die Fabrik gehen wollte. Die Arbeiterin gehörte zu den ärmsten, sie hatte nicht die geringste Stütze, aber trotzdem weigerte sie sich, auf diesen Pakt einzugehen. Sie nahm ihr Söhnchen in die Arme und sagte: „Als Proletarier ist er geboren, wenn er groß geworden ist, wird er mit seinen Kameraden der Organisation beitreten, und ich will nicht, daß er dann seine Mutter verachten könnte, weil sie Streikbrecherin gewesen ist.“ Ein anderes Mädchen, das in einer Zuckerwarenfabrik arbeitete, gehörte ihrer Gewerkschaft an, ohne daß die Eltern es wußten. Sie wurde von ihrem Vater buchstäblich gepeitscht, und das so lange, bis sie Streikbrecherin zu werden versprach. Sie kam nach dem furchtbaren Vorgang direkt in die Gewerkschaftsversammlung, erzählte da alles und bat die Genossen und Genossinnen, sie möchten sie nicht als Streikbrecherin betrachten, da sie nur durch körperliche Mißhandlungen zur Aufnahme der Arbeit gezwungen worden sei.

Tausende ähnlicher kennzeichnender Züge könnten hier erzählt werden, die alle zeigen, mit welcher wunderbaren Fähigkeit die proletarischen Frauen Schwedens in dem großen Kampfe aushalten, und wie sicher und mutig sie ihre Solidarität mit den männlichen Genossen bekunden. Gewiß, es gibt auch andere Frauen, die sich fast willenlos dem Befehl ihrer „Arbeitgeber“ gefügt haben. Diese sind aber nur ausnahmsweise unter den wirklich armen Arbeiterinnen zu suchen, sie hatten vielmehr meist eine relativ gute Stellung inne — und doch haben sie sich zuerst gebeugt! Aber um so glänzender, um so bewunderungswürdiger strahlt der Opfermut der anderen, der Hunderttausende namenloser und bescheidener Heldinnen in der großen sozialen Schlacht.

So wie ich die Verhältnisse in Gothenburg kennen gelernt und geschildert habe, sind sie übrigens fast überall im Reiche. Nur muß bemerkt werden, daß die Lage der Arbeiter während dieses Riesenkampfes in den kleineren Städten und auf dem Lande durchgehend eine viel günstigere ist, als in den Großstädten. Folglich ist auch in diesen kleinen Industriezentren, wo die umgebende Bevölkerung vielfach mit den kämpfenden sympathisiert, wo diese die Zeit mit Beerenpflücken für den Haushalt, mit Fischfang usw. verbringen können, wo keine deprimierenden Einflüsse der feindlichen Presse fühlbar sind, die Kampf Stimmung eine noch viel intensivere, das Zusammenhalten der Arbeiter ein noch unerschütterlicheres als in den Hauptzentren.

Aber auch da haben sich die Proletarier bisher gut gehalten. Lenken wir den Blick auf Norrköping, das schwedische „Manchester“. Der Hof des Volkshauses wurde als Markt eingerichtet. Dort verteilten die Mitglieder der Jugendorganisation an die Bedürftigsten alle möglichen Lebensmittel, die sie direkt von den zum Markt kommenden Bauern oder von den Zwischenhändlern geschenkt oder zu sehr billigen Preisen erhielten. Einmal wollte die Polizei einen unserer Sammler wegen „Bettelns“ verhaften, der Versuch mißlang aber vollständig.

Welches auch immer der Ausgang des Kampfes sein mag: das schwedische Proletariat hat in diesem Ringen gegen die Allmacht des Kapitals schon so viel geleistet, daß jeder Mann und jede Frau, die mitgekämpft haben, mit Stolz daran zurückdenken können, solange sie leben. 300 000 haben die Arbeit niedergelegt, und hinter ihnen steht eine ganze Bevölkerung von Frauen und Kindern, so daß zusammen sicher mehr als eine Million von dem Kampfe direkt betroffen

ist. Diese Tatsache allein zeigt schon, daß es sich um einen Klassenkampf im eigentlichen Sinne des Wortes handelt. So erklärt es sich auch, daß die verschiedenen Klassen alle Vorgänge von ganz entgegengesetzten Standpunkten aus beurteilen, daß für eine vermittelnde Auffassung, die die Unvermeidlichkeit des Vorgehens der Arbeiter anerkennt, in den außerhalb des Kampfes stehenden Volksschichten lange fast kein Boden war. Erst in den letzten Tagen sind einige Anzeichen dafür zu bemerken, daß ein Teil der freisinnigen Partei beginnt, die Haltung der schwedischen Arbeiter in diesen Wochen der Prüfung besser zu würdigen. Freilich: Bourgeois sind und bleiben stets Bourgeois, auch wenn sie nicht prinzipiell, als Politiker, eine den Arbeitern feindliche Haltung einnehmen wollen. Die proletarische Solidarität und die proletarische Moral, die auf diesen Felsen gegründet ist, bleibt ihnen — sobald sie mit dem traditionellen bürgerlichen Empfinden nicht übereinstimmt — ein Buch mit sieben Siegeln.

Zimmerhin hätte man glauben sollen, daß eine so gewaltige Volksbewegung wie der Massenstreik, die bisher in einzig dastehender Weise in dem Rahmen der Ruhe und Ordnung verlaufen ist, bei den Herren Bourgeois eine gewisse Sympathie finden werde. Ganz das Gegenteil scheint fast der Fall zu sein. Vielleicht sagt ihnen ein übrigens ganz richtiger Klasseninstinkt, daß die kühl beschlossene und streng aufrechterhaltene Ruhe dem Streik in Wirklichkeit viel mehr wirkliche Kraft gibt, als wenn die streikenden Massen sich zu Unordnungen provozieren ließen, die eine Niederknüttelung durch Waffengewalt ermöglichen würde. Diese eiskalte Ruhe des Kampfes ist unser Stolz! Trotz allem Polizeiaufgebot, trotz der in Schweden noch nie dagewesenen militärischen Maßregeln gegen die Bevölkerung des eigenen Landes ist die Ordnung nicht ein einziges Mal in nennenswerter Weise gestört worden. Möchten wir, Genossen wie Genossinnen, dieselbe feste und würdige Haltung bis ans Ende des Kampfes bewahren können!

Gothenburg, den 31. August.

Rata Dalstroem.

Die Hinterbliebenenversicherung.

Vortrag von Ed. Gräf auf dem Krankenkassentongress in Berlin.

(Schluß.)

Es liegt jedoch gar kein Grund vor, bei der Hinterbliebenenversicherung eine Ausnahme zu machen. Im Entwurf heißt es sehr schlaue: „erwerbsfähige und erwerbsunfähige Witwen können verschieden behandelt werden“ — das sieht man ja am Entwurf! ... Nur für die letzteren läßt sich ein unbedingtes Fürsorgebedürfnis anerkennen. Die kinderlose erwerbsfähige Witwe vermag mindestens im gleichen Umfang tätig zu sein wie die ledige weibliche Person.“ Das mag in manchen Fällen richtig sein, ebenso auch der weitere Einwand, daß „kinderlose Witwen der ledigen weiblichen Person sogar vorgezogen werden.“ Das lassen selbst die verdächtigen und doch „fittlichen“ Annoncen der Tagesblätter erkennen, welche speziell „Witwen“ suchen. Aber Staat und Gemeinde und auch die Unfallversicherung gewähren jeder Witwe die Rente, obschon man sich auch da auf diese Fälle berufen könnte. Die Praxis zeigt uns außerdem, daß oft die Witwe eines Kranken in schlimmerer Lage und wahrhaftig hilfsbedürftiger sein kann, als die eines Unfallverletzten. Die meisten Todesfälle bei einem Unfall treten plötzlich ein. Gesund und munter verläßt der Arbeiter Frau und Kind und wird als Leiche ins Haus gebracht oder von der Fabrik, dem Neubau aus auf den Friedhof transportiert. Bis zur Stunde des Todes konnte also der Verunglückte seinen vollen Verdienst der Familie heimbringen. Anders in den meisten Fällen, wo dem Tode eine Krankheit vorausgegangen ist. Auch eine kinderlose Witwe kann in die Lage kommen, den geliebten Ehemann vor dem Tode volle 30 Wochen hindurch Tag und Nacht pflegen und warten zu müssen und in dieser Zeit oft nur auf die Hälfte des kargen Krankengeldes angewiesen zu sein. Der Rest für sie ist bittere Armut, Not und Schulden, sogar oft Krankheit infolge der erlittenen Anstrengung und Ent-

behrungen. Trotzdem soll diese Armste keinen Anspruch auf Witwenrente haben, weil ihre Invaliddität vielleicht nicht ver-
trauensärztlich festgestellt worden ist.

Aber auch technisch ist es unmöglich, so zu verfahren, wie der Entwurf vorsieht, und der gesunden Witwe erst dann die Rente zu gewähren, wenn die Invaliddität später bei ihr eintritt. Man denke sich einen Fall, wie er sehr oft eintreten kann. Der Arbeiter verstirbt im Jahre 1910 und hinterläßt eine nicht invalide Witwe. Erst 20 oder 30 Jahre später wird die Witwe invalid und will dann ihre Ansprüche geltend machen. Heute schon fehlen den Versicherten sehr oft die nötigen Unterlagen, um die Rente für sich zu erhalten: Invalidentarten, Bescheinigungen usw. Wo wird die arme unkundige Frau, 20 Jahre nachdem sie Witwe geworden ist, die nötigen „Papiere“ suchen, um sich die Witwenrente zu verschaffen? Sie wird die erforderlichen Beweise nicht beibringen können und den schwersten Kampf für ihren Anspruch aufzunehmen haben.

Will man gerecht sein, so muß man auch der gesunden Witwe eine Rente gewähren, die ja erhöht werden kann, wenn die Invaliddität später eintreten sollte. Will man einen Unterschied zwischen gesunden und invaliden Witwen machen, so kann er nur in der Höhe der zu gewährenden Rente bestehen. Ich schlage deshalb vor, daß der invaliden Witwe die doppelt höhere Rente als der gesunden gewährt wird. Eine Erhöhung der Rente nach 20 bis 30 Jahren ist einfacher als ihre Zuerkennung, wenn die Unterlagen fehlen. Was die Höhe der Witwenrente wie auch der Kinderrenten anbelangt, so ist sie von der größten Bedeutung, zumal da die Ausgaben für alle Lebensmittel usw. künstlich verteuert worden sind.

Die Renten der Hinterlassenen eines Unfallverletzten richten sich nach seinem Jahresarbeitsverdienst, während die Hinterbliebenenrenten nur nach der völlig unzureichenden Invalidentrente berechnet werden und ihren anderthalbfachen Betrag nicht übersteigen dürfen. Das ist zu beachten. Wie oft wird es einer Witwe nicht gelingen, den Nachweis zu führen, daß der Tod ihres Ehemannes nicht durch einen Betriebsunfall verursacht worden ist, wohl aber durch einen Unfall, den der Mann etwa auf dem Wege zur Arbeit erlitten hat, und daß deshalb den Hinterbliebenen aus der Unfallversicherung keine Rente gewährt werden kann. Die Witwe eines Maurers zum Beispiel, der mitten in seiner Berufsarbeit vom Gerüst gestürzt und den Folgen erliegen ist, kann sehr leicht nachweisen, daß ein Betriebsunfall vorliegt, und daß sie und ihre Kinder Anspruch auf die betreffende Unfallrente haben. Anders aber, wenn der Maurer auf dem Wege zu oder von der Arbeit, vor ihrem Beginn oder in der Pause fällt und an den Folgen des Unfalls stirbt. Die Witwe erhält dann keine Rente aus der Unfallversicherung und heute überhaupt keine Rente, künftig aber würde sie die so schmal bemessene Rente aus der Hinterbliebenenversicherung beziehen. Beide Male würde es sich um die Hinterbliebenen von Unfallverletzten handeln, die Versicherung jedoch würde jedesmal mit einem anderen Maße messen. Wäre die Rente in beiden Fällen gleich hoch, so würde sich die Sache leichter gestalten. Gelingt es der Witwe, den Nachweis zu führen, daß der Tod ihres Ehemannes die Folge eines Betriebsunfalles war, so wird die Rente für sie und für ihre Kinder nach dem Jahresverdienst des Getöteten berechnet. Betrag der Lohn eines Verletzten zum Beispiel 1450 Mk. pro Jahr, so erhält die Witwe hiervon 20 Prozent oder 290 Mk. pro Jahr, wohlgerne auch die gesündeste Witwe, die unter Umständen sogar etwas Vermögen haben kann. Hinterläßt der Verstorbene drei Kinder, so erhält die Witwe in dem genannten Falle für sich und ihre Kinder zusammen 60 Prozent des angegebenen Verdienstes, also 870 Mk. pro Jahr an Rente oder 72,50 Mk. pro Monat. Man vergleiche hiermit die large Invalidentrente von 18 bis 20 Mk. pro Monat, mit welcher ein Kranker eine ganze Familie ernähren, sich kräftige Speisen beschaffen und womöglich auch noch die Kosten für Arzt und Apotheker bestreiten soll. Hängt es in der Praxis oft nur von einem Zufall ab, ob die Witwe die Unfallrente oder künftig nur die Hinterbliebenenrente erhalten wird, so darf doch wahrlich kein zu großer Unterschied zwischen

der Höhe der beiden Renten gemacht werden. Nach dem Entwurf richtet sich die Hinterbliebenenrente aber nicht nach dem Lohn des Verstorbenen, sondern nach seinen Ansprüchen an die Invalidentversicherung. Die Witwenrente beträgt also je nach der Länge der Zeit, in der Beiträge gezahlt sind

in Lohnklasse I	72,60 Mk.	bis	90,40 Mk.	pro Jahr
„ „ II	80,40 „	„	116,40 „	„
„ „ III	86,40 „	„	134,40 „	„
„ „ IV	92,40 „	„	152,40 „	„
„ „ V	98,40 „	„	170,40 „	„

Die Waisenrente beträgt bei einem Kinde

in Klasse I	36,40 Mk.	bis	45,60 Mk.	pro Jahr
„ „ II	40,20 „	„	58,20 „	„
„ „ III	43,20 „	„	67,20 „	„
„ „ IV	46,20 „	„	76,20 „	„
„ „ V	49,20 „	„	85,20 „	„

bis zum anderthalbfachen Betrag der Invalidentrenten. Man sieht hieraus, daß die Renten für Frau und Kinder viel zu niedrig sind und in gar keinem Verhältnis zu der Unfallhinterbliebenenrente stehen. Sie sind, wie der Volksmund sagen wird, zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Dieser Vorwurf, der Fluch der armen Witwen, müßte wenigstens vermieden werden. Wir müssen für eine Erhöhung der Hinterbliebenenrenten eintreten, so daß sie einigermaßen zum Leben ausreichen. Es gilt daher auszusprechen, daß eine Mindestgrenze festgesetzt werden muß, ein sogenanntes Existenzminimum, wenn man das Wort hier anwenden darf. Keine Witwenrente soll unter 180 Mk. für die gesunde Witwe und keine unter 360 Mk. für die invalide Witwe betragen. Hat die invalide Witwe doppelt die Rente nötig, wie die Verteidiger des Regierungsentwurfs sagen werden, so soll sie auch eine doppelt hohe Rente erhalten, will man im Gesetz Unterschiede zwischen gesunden und invaliden Witwen machen, die kein anderes Gesetz, keine andere Bestimmung bis jetzt kannte.

Aber auch die einzelne Kinderrente soll nicht unter 180 Mk. pro Jahr betragen dürfen, das heißt mindestens 15 Mk. pro Monat. Wer wird in diesen teuren Zeiten ein Kind unter 15 Mk. monatlich ernähren wollen? In den rückständigsten Gegenden Deutschlands muß heute der uneheliche Vater einem Kinde mehr als 15 Mk. Alimente pro Monat zahlen. Es handelt sich dabei nicht um arme Witwen, sondern gewöhnlich um gesunde junge Mädchen, die eher in der Lage sind, für den weiteren Unterhalt ihres Kindes mit zu sorgen. Es kommt dabei in Betracht, daß die Alimente nur ein Teil der Unterhaltungskosten des Kindes sein sollen und sein werden. Der Entwurf zur Hinterbliebenenversicherung betont aber selbst, daß die Witwe in schlimmer Lage sein kann, die mehrere Kinder im jugendlichen Alter zu ernähren hat. Man denke, daß sie einen Säugling, daß sie kaum einige Jahre ältere Kinder haben kann. Auch der gesündesten Witwe wird es dann unmöglich sein, einem Verdienste nachzugehen, und wenn sie als Arbeiterin noch so „gesucht“ wäre, wie der Entwurf ihr nachrühmt. Man denke ferner an die Krankheiten, die Kinder der Arbeiterfamilien befallen. Gewöhnlich fällt die Familienversicherung bei dem Tode des Ehemannes fort, wenn sie überhaupt vorhanden war, und nun soll die arme Witwe aus eigenen Mitteln den Arzt usw. bezahlen. — Daß der Entwurf nur den „ehelichen“ Kindern die Hinterbliebenenrente gewähren will, entspricht leider der Härte und Einsichtslosigkeit im Unfallversicherungsgesetz. Man trifft mit der Bestimmung unschuldige Kinder, die nicht nur unvorsichtig in der Auswahl ihrer Eltern waren, sondern auch noch so voreilig, fünf Minuten vor der amtlichen Trauung auf die Welt zu kommen.

Ungerecht ist es ferner, daß man den Hinterbliebenen eines Ausländers keine Rente zahlen will, wenn diese zur Zeit des Todes ihres Ernährers sich im Ausland aufhalten. Erstens ist bei uns die Regierung wie das Unternehmertum immer sehr froh, daß Ausländer zu uns kommen, wenn auch als Lohndrucker. Man nimmt ihnen ruhig jahrzehntelang Steuern ab, läßt sie ruhig auch die Beiträge zur Versicherung zahlen, will ihre Witwen aber anders behandeln als die Witwen ein-

heimischer Arbeiter. Wie oft kommt es vor, daß kurz vor dem Tod eines Ausländers dessen Familie aus Deutschland abreißt, um Vorbereitungen für die Überführung des Kranken nach der Heimat zu treffen, nach der er sich sehnt. Man denke an einen Italiener, dessen letzter Wunsch oft ist, seine „Italia“ zu sehen. Stirbt der Mann im Krankenhaus hier, während die Familie im Ausland ist, so wird sie keine Rente erhalten. Man wird einwenden, daß der Staat kein Recht und keinen Grund habe, Geld — das er sowieso nicht hat! — ins Ausland zu senden. Aber auch für diese Meinung könnte es sich doch nur um den Staatszuschuß handeln, nicht aber um den Rechtsanspruch auf Grund der geleisteten Beiträge. Selbst dann, wenn man den Ausländer als Steuerzahler nicht berücksichtigen will, müßte man seinen Hinterbliebenen doch auf Grund der erfüllten Versicherungspflicht die Rente gewähren, wenn auch unter Abzug des Zuschusses, den der Staat leistet. Daher ist der Paragraph 1337 des Entwurfes nur wenig zu ändern, bloß das Wörtchen „nicht“ muß gestrichen werden.

Ähnlich ist es auch mit den anderen im Entwurf noch vorgesehenen Renten. Man will gleich mehrere Arten der Unterstützung einführen, jede aber soll nur sehr wenig leisten. So ist zum Beispiel eine Witwerrente vorgesehen, welche einem Manne gewährt werden soll, dessen Frau ganz oder doch überwiegend den Unterhalt der Familie bestritten hat. Die Frau muß aber versichert gewesen sein, und die Rente wird sehr niedrig ausfallen, weil sie sich nach den durchschnittlich geringen Löhnen der Arbeiterinnen richtet. Diese Rente soll aber auch nur bis zum Fortfall der Bedürftigkeit des Witwers gezahlt, also nur in den seltenen Fällen gewährt werden, in denen der Ehemann selbst nicht genügend Beiträge zur Invalidenversicherung geleistet hat. Da sicher die Frage der „Bedürftigkeit“ recht genau geprüft wird, so müssen sich der arme Witwer und seine Kinder sehr oft einer besonderen Kontrolle unterwerfen. Erschwert wird die Gewährung dieser Rente auch noch dadurch, daß der Nachweis dafür verlangt wird, daß die verstorbene Mutter ganz oder überwiegend den Lebensunterhalt ihrer Familie bestritten hatte, das aber nicht etwa nur zeitweise, wie der Entwurf ausdrücklich betont.

Der Entwurf sieht ferner ein sogenanntes „Witwengeld“ vor, welches der beitragszahlenden Witwe beim Tode des Mannes ausgezahlt wird. Es ist dies eine einmalige Zahlung, wie seither im Falle der Verehelichung die Beitragsersatzung, die dann in Wegfall kommt. Voraussetzung für das Witwengeld ist, daß Mann und Frau versichert waren, und daß die Frau nach ihrer Verheiratung die Anwartschaft auf die Unterstützung aufrechterhalten, also Beiträge freiwillig weitergezahlt hat. Es soll dies ein Ansporn für die Frauen zur Fortsetzung der Mitgliedschaft sein. Der Gedanke wäre nicht übel, wenn nur die Leistungen bessere sein würden. So beträgt aber das Witwengeld nur 98 bis 107 Mk., wozu das Reich 50 Mk. beisteuert.

Die Waisensteuer erhalten die Kinder einer Witwe bei Vollendung des 15. Lebensjahres unter folgenden Bedingungen: Die Witwe muß durch eigene Beitragsleistung die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft auf sie aufrechterhalten haben, und darf selbst keine Witwenrente beziehen. Wiederum eine Prämie auf die Fortsetzung der freiwilligen Mitgliedschaft und sicher kein großes Mißo für die Versicherungsanstalten, die gewiß viel mehr Beiträge als heute von Frauen erhalten werden. Heute hält es sehr schwer, eine Frau zur Fortsetzung der Mitgliedschaft bei der verhassten Invalidenversicherung zu bewegen. Erinnert man sie an die etwa zu erwartende Kur in einer Heilstätte, so verweist sie schlagfertig auf das Wörtchen „kann“ im § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes; stellt man ihr vor, daß sie ja später in Genuß einer Invalidenrente kommen könnte, so wird sie uns oft auslachen und die vielen Fälle aus der Praxis anführen, in denen der Vertrauensarzt erklärt hat, daß die Hausfrauen immer noch zu leichten Hausarbeiten fähig sind.

Die Witwen- und Witwerrenten fallen bei Wiederverheiratung fort. Rente erhalten natürlich auch die Kinder einer un-

ehelichen Mutter bei deren Tode, ebenso die elternlosen Enkel unter 15 Jahren, wie dies ja bereits auch im Unfallversicherungsgesetz vorgesehen ist. Enkel haben jedoch nur einen Anspruch insoweit, als der Höchstbetrag der Renten nicht schon für die Kinder zu gewähren ist.

Wie sollen nun die Beiträge für die neue Versicherung aufgebracht werden? Der Entwurf hält sich an die bestehenden fünf Lohnklassen der Invalidenversicherung und erhöht diese in der ersten Klasse von 14 auf 16 Pf., in der zweiten Klasse von 20 auf 24 Pf., in der dritten Klasse von 24 auf 30 Pf., in der vierten Klasse von 30 auf 38 Pf. und in der fünften Klasse von 36 auf 46 Pf. Das ist eine Steigerung von 2 bis 10 Pf. in den einzelnen Lohnklassen. Es ist klar, daß man mit diesen Pfennigen sehr wenig ausrichten kann. Warum erhöht der Entwurf die Beiträge denn nicht mehr? Etwa aus Rücksicht auf die Unternehmer, die unter den Lasten der sozialen Versicherung so seufzen? Bei der Änderung der Krankenversicherung hat die Regierung keine Rücksicht darauf genommen und einfach bestimmt, daß der Arbeitgeber hinfort die Hälfte der Beiträge zu zahlen habe, obschon gar kein zwingender Grund vorliegt und weder Arbeitnehmer noch Arbeitgeber dies verlangten. Herr Direktor Caspar führte an, daß durch die Halbierung der Beiträge zur Krankenversicherung die Unternehmer weitere 50 Millionen Mark neue Lasten auferlegt erhielten. Diese 50 Millionen Mark könnten die Unternehmer für eine richtige Hinterbliebenenversicherung zahlen, wenn sie so zahlungslustig sein sollen, wie es heißt.

Läßt man in der Krankenversicherung die jetzige Beitragsleistung weiterbestehen, so werden für die Hinterbliebenenversicherung Mittel frei. Aber von einer solchen Regelung will die Regierung nichts wissen. Eine Erhöhung der Beiträge ist darum unbedingt nötig, wenn höhere Renten gewährt werden sollen. Der Versicherte wird aber viel lieber höhere Beiträge leisten als heute, wenn er den Zweck der Versicherung, die Vorteile derselben schätzen kann und nicht für Kapitalanhäufungen zahlen muß. Er zahlt ja heute schon, wie im Entwurf auch angeführt wurde, große Summen in die sogenannten Volksversicherungen, Sterbefassen usw., die meist ihre riesigen Überschüsse nur dem Verfall vieler Policen danken. Wird dagegen der Beitrag in bestimmter Form allwöchentlich am Lohne abgezogen, so ist die Gefahr des Verfallens beseitigt und die Anwartschaft auf die Rente bleibt immer aufrechterhalten. Allerdings müßte auch die Auszahlung der Versicherungssummen schnell erfolgen und nicht erst nach Wochen und Monaten Wartezeit und Erfüllung sonstiger bürokratischer Formalitäten. Musterhaft bleibt die Auszahlung bei den Krankenkassen. Allwöchentlich erhält der Kranke anstandslos am Schalter seine Unterstützung ausgezahlt. Die Form ist sehr einfach. Im Sterbefalle, bei welchem „eine Barzuwendung sehr erwünscht ist, wo der Tod des Mannes zahlreiche bare Ausgaben verursacht“, wie der Entwurf betont, wird das Sterbegeld von der Krankenkasse binnen vier Stunden ausgezahlt. Wird aber das Witwengeld künftig auch gleich prompt ausgezahlt werden können? Ich befürchte, es wird oft vorkommen, daß der Ehemann längst im Grabe liegt, und die arme Witwe noch auf die Anweisung von der fernen Versicherungsanstalt wartet, und trifft diese endlich ein, so muß sich die Frau erst auf dem Polizeibureau amtlich bescheinigen lassen, daß sie auch noch am Leben ist. Deshalb fort mit dem bürokratischen Formelkram, welcher die Versicherung so verhaßt macht.

Aber neben den Versicherten selbst muß auch der Staat höhere Zuschüsse in fester Form zur Hinterbliebenenversicherung leisten. Der Entwurf betont dies ja selbst, denn es heißt in der Begründung: „Die Hinterbliebenenversicherung kann aber von so schwankenden, mehrfach sogar ganz ausbleibenden Einnahmen nicht abhängig gemacht werden.“ Sehr richtig. Wenn man im Etat nur 53 Millionen Mark für die Hinterbliebenenversicherung vorsieht, so wird es traurig damit ausfallen. So war doch sicher die Durchführung dieser feierlichst versprochenen Reform nicht gedacht. Man sprach von Hunderten von Millionen Mark, die bis zum Jahre 1910 angesammelt sein wür-

den, deren Zinsertragnisse mit weiteren festen Zuschüssen des Reiches über 100 Millionen Mark pro Jahr betragen würden und für die Hinterbliebenenversicherung benützt werden könnten. Das arbeitende Volk hat sein Versprechen und daher sicher auch ein Recht, sich darauf zu berufen. Es zahlt in erster Linie die Millionen an indirekten Steuern, welche die Überschüsse zur Versicherung abwerfen sollten. An dem Reichsdalles hat es wahrlich keine Schuld, denn die Aufwendungen für Arbeiterinteressen sind sehr gering: für Invalidenrenten zum Beispiel nur 50 Millionen Mark pro Jahr. Die indirekte Steuerlast beträgt aber sogar ohne die Steigerung durch die „Finanzreform“ über 20 Mt. pro Kopf gegen 7 Mt. im Jahre 1878. Die großen Zahlen, die gelegentlich genannt werden, dürfen uns nicht verblüffen. Man betont — 100 Millionen Mark Zuschuß für die Hinterbliebenenversicherung. Man vergißt aber, hinzuzufügen, daß wir in Deutschland über 60 Millionen Einwohner haben, die Hunderte von Millionen an indirekten Steuern aufbringen. Das zu übersehen führte ebenso zu einem falschen Schluß, als wenn man bei einer Krankenkasse nur die Gesamtsumme der Ausgaben in Betracht ziehen wollte und nicht auch die Mitgliederzahl, so daß eine Berechnung pro Kopf möglich ist. Soll die Hinterbliebenenversicherung praktisch etwas bedeuten und nicht nur ein armseliger Zuschuß zu der Armenunterstützung sein, so muß auch Vater Staat tiefer in die Tasche greifen, die ja jetzt erst wieder mit neuen 500 Millionen Mark von den Steuerzahlern gefüllt werden wird.

Durch eine wirksame Hinterbliebenenversicherung würden auch die Gemeinden künftig sehr entlastet. Sie könnten dann, wie sie das heute schon hier und da tun, größere Zuschüsse zu den Arbeitslosenversicherungen usw. gewähren, ebenso auch zur Hinterbliebenenversicherung selbst je nach ihrer Leistungsfähigkeit größere Summen beitragen.

So wie der Entwurf ist, darf das Gesetz nicht zustande kommen. Es wäre ein Schlag ins Wasser, wenn man aus Sparsamkeit und mit Bruch eines Versprechens an das arbeitende Volk jetzt nur invaliden Witwen die Rente zahlen würde. Man weiß ja, daß dann 90 Prozent aller Witwen sterben würden, ehe sie in den Genuß der Rente kämen. Welcher Sturm der Entrüstung würde losbrechen, wenn zum Beispiel der Staat aus Sparsamkeit künftig nur den invaliden Witwen seiner Beamten, Lehrer usw. Renten und noch obendrein in der kärglichen Höhe der Hinterbliebenenversicherung zahlen wollte. Massenversammlungen der Beamten würden mit Recht abgehalten werden. Das arbeitende Volk hat aber noch mehr Anspruch auf entsprechende Rente der Hinterbliebenen, weil im Todesfalle seine Witwen und Kinder viel ärmer sind als die vieler Staatsbeamten, die auch im Krankheitsfalle oft weit besser daran waren.

Wer das Wohl des arbeitenden Volkes im Auge hat, kann den Entwurf in seiner heutigen Fassung nicht annehmen und muß mit uns eintreten für Verbesserungen. Die Versicherungsgesetzgebung soll für das Volk sein, sie muß daher so gestaltet werden, daß dieses mit der Zeit seine Beiträge gern zahlt und mehr Interesse an den Versicherungseinrichtungen zeigt. Heute jammern schon Greise und Invaliden, künftig jammern auch die Witwen und Waisen über Hungerrenten. Das muß anders werden, wenn die Versicherungsgesetzgebung ihren Zweck erreichen soll. Wer an die Zukunft seiner Familie denkt, wird mit uns im Kampfe für Verbesserung dieser Vorlage stehen.

Die Landarbeiterin und die Sozialdemokratie.

Das wirtschaftliche und soziale Elend, das dem Proletariat niederdrückend wie ein Mühlstein am Halse hängt, übt auf die einzelnen nicht überall und jederzeit die gleiche Wirkung aus. Die Stellung im Wirtschaftsleben, örtliche und sonstige Gewohnheiten spielen dabei meist eine entscheidende Rolle.

Wo nicht Geist und Körper zermürbende Ausbeutung, auf die Erzielung von sklavischer Unterwürfigkeit gerichtete Er-

ziehung und Alkoholismus jede Denkfähigkeit erstickt und die Widerstandskraft gebrochen haben, da werden die mißlichen sozialen Verhältnisse bei den Bedrückten das Bestreben auslösen, sich ihnen zu entziehen. Der Industriearbeiter hat längst erkannt, daß der Kapitalismus seine gierigen Fänge über die ganze Welt ausstreckt, daß er sich durch Aufenthaltswechsel seiner Ausbeutung nicht entziehen kann. Er ist daher zu der Erkenntnis gekommen, daß er nur durch den solidarischen Zusammenschluß mit seinen Klassengenossen und vereintem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung diese mildern und eines Tages ganz beseitigen kann. Anders das Landproletariat, insbesondere das ostelbische.

Diesem zeigt sich ein Weg, den unerträglich gewordenen Verhältnissen zu entgehen. Die ostelbischen Landproletarier können sich aus der junkerlichen Sklaverei in die industrielle Fron hinüberretten. Das haben sie in den letzten Jahrzehnten auch in so erheblichem Umfang getan, daß sich das ostelbische Agrarierturn vor ein sehr schwieriges Problem gestellt sieht. Der Arbeitermangel auf dem Lande bedroht es in seinem Profit.

Das einzige Mittel zur Abstellung oder Milderung dieser Kalamität, die Schaffung erträglicher Verhältnisse für die Ausgebeuteten, widerspricht zu sehr der junkerlichen Wirtschafts- und Denkweise, als daß es verwirklicht werden könnte. Die Junker schreien daher nach gesetzlicher Beschränkung der Freizügigkeit und lassen den Arbeitern Heimatsliebe predigen, nachdem sie ihnen die Heimat verleidet haben. Welche Wirkung solche Predigt hat, erhellt aus dem Briefe eines ostpreussischen Landarbeiters, den der „Landbote“ seinerzeit veröffentlicht hat. Dort heißt es:

„Meine Herren! Hier in . . . wird in Kirche nicht Wort Gottes gepredigt, sondern daß wir nicht sollen ziehen in die Welt und in große Städte. Auch unsere Kinder sollen nicht ziehen nach Berlin, sondern bleiben in Ostpreußen auf dem Lande. Weiter wird uns gepredigt, was wir für Bilder in der Stube haben sollen. Kaiser- und Patenbilder, aber keine gottlose Bilder sollen wir haben. Das predigt der Seelforger uns immer. . . . Aber solche Predigten halten keinem ab, seine Heimat zu verlassen. Hier sind zu schlechte Zustände, um die der Pfarrer sich aber nicht kümmert.“

Und in einer Polemik gegen das Hauptorgan der ostpreussischen Junker, die „Ostpreussische Zeitung“, die die Bestrafung des Kontraktbruchs gefordert hatte, sah sich das Stöckerische „Reich“ genötigt, folgendes zu schreiben:

„Die Sache hat auch ihre Kehrseite. Kaum in einem anderen Teile des Reiches wird man so viele ganz unzureichende Arbeiterwohnungen finden als in Ostpreußen. Es gibt tatsächlich Güter und Dörfer, in denen für das Vieh viel besser vorgesorgt ist als für die Menschen; das Vieh wohnt in gut gemauerten Häusern, die Menschen in elenden, stallartigen Baracken.“

Am Schlusse erklärte das fromme Blatt:

„Im ganzen und großen liegt ein erheblicher Teil der Schuld der unerfreulichen Zustände daran, daß sich die Besitzer nicht in die höheren Kulturansprüche der Arbeiter finden können. Es würden sicher nicht so viele davonlaufen, wenn die Verhältnisse nicht oft wirklich „zum Davonlaufen“ wären.“

Derartige Wahrheiten, die sogar in konservativen Kreisen ausgesprochen werden müssen, prallen wirkungslos an den harten Schädeln der ostelbischen Granden ab. Sie denken nicht daran, das Los ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen erträglicher zu gestalten. Nach wie vor kehren sie den Herrenmenschen heraus und lassen es den Ausgebeuteten fühlen, daß sie minderen Rechts sind. Mit buntem Firtelanz versuchen sie ihn über seine elende Lage hinwegzutäuschen und an die Gutsfette zu legen. Wie niedrig sie dabei die Urteilsfähigkeit ihrer männlichen und weiblichen Lohnsklaven einschätzen, beweist folgende von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen in ihrem Amtsblatt veröffentlichte Arbeiterprämierungsordnung, die so bezeichnend ist, daß ich ihren Inhalt hier kurz wiedergeben möchte:

„Arbeitgeber, die ihrem Gesinde, Arbeitern usw. Auszeichnungen zukommen lassen wollen, haben derartige Anträge dem zuständigen landwirtschaftlichen Verein oder dem königlichen Landratsamt einzureichen, die ihrerseits die Anträge mit einem Begleitschreiben an die Landwirtschaftskammer zur endgültigen Entscheidung weitergeben.“

Voraussetzung der Auszeichnung durch die Landwirtschaftskammer ist:

1. daß die in Vorschlag gebrachte Person während der unten angeführten Dienstzeit

a. entweder ununterbrochen bei einem Arbeitgeber oder dessen Familie (Eltern, Kindern oder Enkeln)

b. oder in ein und derselben Wirtschaft ehrlich, treu und zuverlässig ihren Dienstobliegenheiten nachgekommen ist,

2. daß der in Vorschlag Gebrachte nicht bereits einen anderen Dienst angenommen hat,

3. daß der Arbeitgeber selbst dem zur Auszeichnung Vorge schlagenen eine Belohnung in Geld oder sonstigen Geschenken gewährt; die Mindestleistung des Arbeitgebers soll in der Regel bestehen:

bei zehnjähriger Dienstzeit in der Tragung der Kosten für Einrahmung des Diploms,

bei zwanzigjähriger Dienstzeit in einem Geldgeschenk von 10 Mk.,

bei dreißigjähriger Dienstzeit in einem Geldgeschenk von 20 Mk.

Die Landwirtschaftskammer behält sich vor, in einzelnen Fällen der Bedürftigkeit der Arbeitgeber diese von der Verpflichtung an die Arbeiter zu befreien.

4. Daß die in Vorschlag gebrachte Person nicht wegen ehrenrührer Vergehen oder Verbrechen bestraft ist.

Die Auszeichnungen bestehen in Diplomen, Medaillen, Broschen und Kreuzen. Geldgeschenke werden grundsätzlich nicht verliehen. Bei Verleihung der drei letzten Auszeichnungen werden Besigturkunden ausgehändigt.

Es werden verliehen:

nach zehnjähriger Dienstzeit: für Männer und Frauen beziehungsweise Mädchen Diplome;

nach zwanzigjähriger Dienstzeit: für Männer eine bronzene Medaille, für Mädchen und Frauen eine Brosche;

nach dreißigjähriger Dienstzeit: für Männer eine silberne Medaille, für Frauen und Mädchen ein silbernes Kreuz.

Die Militärzeit unterbricht die zur Auszeichnung erforderliche Zeit nicht, wird aber nicht als Arbeitszeit gerechnet. Die für die Auszeichnung erforderliche Zeit wird frühestens von der Schulentlassung an gerechnet.

Die Verleihung der Auszeichnung wird im Amtsblatt der Landwirtschaftskammer, dem „Landwirtschaftlichen Zentralblatt“, offiziell bekanntgegeben.

Die Überreichung der Auszeichnung, bei der hervorzuheben ist, daß sie von der Landwirtschaftskammer verliehen wird, veranlaßt der Arbeitgeber. Sie soll in möglichst feierlicher Weise geschehen, zum Beispiel bei Erntefesten, Besigtjubiläen, Weihnachtsfeiern und dergleichen.

In geeigneten Fällen wird bei 30 bis 50jähriger Dienstzeit die Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens für Männer und des goldenen Verdienstkreuzes für weibliche Personen gehörigen Ortes beantragt.“

Kann man sich eine ärgere Verhöhnung des geplagten Landproletariats denken, als sie diese Prämierungskomödie bedeutet, die nach der vorstehenden Ordnung noch in möglichst feierlicher Weise aufgeführt werden soll? Es scheint kaum glaublich, daß Arbeiter und Arbeiterinnen auf diesen plumpen Schwindel hereinschlagen, und dennoch kommt das vor. Freilich: die Mehrzahl hat für diesen Fax nur ein bitteres Hohnlachen.

Ein besonders schwarzes Kapitel in der Leidensgeschichte der Landarbeiterinnen, auf das ich kurz hinweisen möchte, ist das Scharwerkerwesen. Trotz aller Warnungen lassen viele Landarbeiter sich noch immer die Verpflichtung aufbürden, ihren Arbeitgebern noch einige weitere Arbeitskräfte, sogenannte Scharwerker, zu stellen. Diese unselbige Gepflogenheit, an der die Junker begreiflicherweise zähe festhalten, vergiftet in mancher Landarbeiterfamilie das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern total. Um ihren Kontrakt zu erfüllen, müssen die Landarbeiter meist auch ihre Kinder in das gutsherrliche Joch zwingen. Die Kinder, insbesondere die Mädchen, wollen sich aber den traurigen Verhältnissen entziehen und in die Stadt gehen. Die Eltern müssen sich diesem Streben mit allen Mitteln widersetzen, damit sie ihre Vertragspflicht gegen den Ausbeuter einhalten können. Sie selbst empfinden das Unwürdige und Elende ihrer Lage und sehen sich nun gezwungen, auch noch ihre Kinder darin festzuhalten. Dadurch wird aber in diesen zuweilen geradezu ein Haß gegen die eigenen Eltern erzeugt.

Dem Landarbeiter, dessen Leben ohnehin von Bläderei, Entbehrungen und Sorgen erfüllt ist, wird so die einzige gebliebene Freude, das Familienleben, durch die Ausbeutungsgeilüste der Junker vergällt. Und das sind dieselben Herren, die sich als die berufensten Hüter der Familie aufspielen!

Natürlich gilt es für die Agrarier als ausgemacht, daß lediglich die Vergnügungssucht die jungen Mädchen vom Lande fort in die Stadt treibt. Mit dieser Ausschließlichkeit ausgesprochen, muß diese Behauptung natürlich auf das schärfste zurückgewiesen werden. Dennoch stehe ich nicht an, zuzugeben, daß das Verlangen nach Abwechslung, nach Lebensgenuß und Freude nicht unerheblich dazu beiträgt, die Landflucht der jugendlichen Landarbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts zu fördern. Und es ist erfreulich, daß dem so ist. Es beweist, daß es der junkerlichen Ausbeutung, Unterdrückung und systematischen Verdummung nicht gelungen ist, auch bereits in der ländlichen Arbeiterjugend jenen Stumpfsinn und Fatalismus zu erzeugen, der jede Auflehnung gegen die Knechtschaft ausschließt. Wer hat denn einen größeren Anspruch auf Lebensgenuß, Freude und Vergnügen als das Proletariat, das durch seine Arbeit alles schafft, was das Leben an Annehmlichkeiten bietet. Jawohl, auch das durchaus berechtigte Verlangen nach Vergnügen trägt dazu bei, daß die ländlichen Arbeiterinnen der Treitmühle agrarischer Ausbeutung, in der jede Lebensfreude zermalmt wird, in Scharen den Rücken kehren und in die Stadt ziehen. Man schaffe in rechtlicher wie wirtschaftlicher Beziehung erträgliche Verhältnisse für die Landarbeiter, man gewähre ihnen ein entsprechendes Maß von Lebensgenuß und Vergnügen, man bringe insbesondere auch Stadt und Land durch gute und sehr billige Verkehrsmittel einander näher, und man wird viel weniger über Landflucht zu klagen haben.

Ich habe die Landflucht etwas eingehender behandelt, weil mir das zur Beurteilung der Aussichten, die die sozialdemokratische Agitation unter den Landarbeiterinnen hat, notwendig erschien. Denn gerade der Gedanke „Fort vom Lande“ beherrscht die Landarbeiterinnen, insbesondere die jüngeren, so stark, daß sie sich wenig empfänglich für die Bestrebungen zeigen, die auf die Hebung ihrer Lage als Landarbeiterinnen gerichtet sind. Sie suchen lieber ihr Heil in der Flucht, als daß sie den Kampf mit den sie umgebenden elenden Verhältnissen aufnehmen. Die Kreise der jugendlichen Landproletarierinnen, die so ganz von dem sehnsüchtigen Verlangen nach dem Leben der Stadt erfüllt sind, das ihnen als ganz unabhängig erscheint, bieten für die sozialistische Frauenbewegung kein günstiges Rekrutierungsfeld.

Andererseits die Landarbeiterinnen dagegen, die aus Rücksicht auf ihre Eltern, durch ihre Ehe oder aus sonstigen Gründen sich mit dem Verbleiben auf dem Lande bis zu einem gewissen Grade abgefunden haben. Unter ihnen steht der Propagierung der sozialdemokratischen Ziele ein sehr dankbares Gebiet offen. Ihre soziale Lage macht diese Kategorie von Proletarierinnen empfänglicher für die sozialistischen Ideen, als die Arbeiterfrau in der Stadt. Während diese vorwiegend lediglich Hausfrau ist, ist die Arbeiterfrau auf dem Lande in der Regel auch noch Lohnarbeiterin. Fast ausnahmslos ist die Frau des Landarbeiters verpflichtet, auf Verlangen der Gutsherrschaft sich zur Arbeit zu stellen. Sie empfindet demnach die wirtschaftliche Misere des Landproletariats doppelt. Als Hausfrau hat sie unter Sorgen und Mühen mit kärglichen Mitteln den Haushalt aufrecht zu erhalten, und als Arbeiterin leidet sie neben ihrem Mann und ihren Kindern unmittelbar unter der rücksichtslosen Ausbeutung der ostelbischen Junker, die sich oft noch paart mit unwürdiger Behandlung. Dazu kommt, daß der Stumpfsinn und die Gleichgültigkeit, die durch lange Arbeitszeit und durch übermäßigen Schnapsgenuß erzeugt, leider noch weite Kreise der ostelbischen Landarbeiter beherrschen, bei den Landarbeiterinnen nicht entfernt in dem gleichen Umfang anzutreffen sind. Diese frönen nicht gewohnheitsmäßig dem Schnapsgenuß und haben sich dadurch einen klareren Blick und eine größere Widerstandskraft erhalten als die Männer. Meist ist es daher auch die Frau, die, durch

ihre natürliche Beredsamkeit unterstützt, dem Arbeitgeber gegenüber die Rechte der Familie vertritt. Sie fühlt es am ehesten, wenn die vom Besitzer zur Verfügung gestellte Wohnung die Gesundheit ihrer Kinder gefährdet, wenn der geringe Barlohn nicht richtig gezahlt wird, wenn Naturalien geliefert werden, die so schlecht sind, daß sich ein gesundes, schmackhaftes Essen daraus nicht bereiten läßt. In ihr wird daher auch am ehesten Erbitterung gegen die bestehenden Verhältnisse ausgelöst.

Danach kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die sozialdemokratische Agitation bei den Landarbeiterinnen die besten Aussichten auf Erfolg hat. Denn ihre wirtschaftlich ebenso elende wie rechtlich unwürdige Stellung prädestiniert sie geradezu zu Kämpferinnen gegen den Klassenstaat.

Wie erfüllen wir die Landarbeiterinnen mit den sozialistischen Idealen, wie gewinnen wir sie für die sozialdemokratischen Bestrebungen?

Bei Beantwortung dieser Frage ist ein Hindernis zu beachten, auf das unsere Agitation fast überall stößt. Ebenso wie sie unter den Landarbeitern mit Hoffnungslosigkeit, Stumpfsinn, Schnapsgenuß, patriotischen Phrasen und Erinnerungen aus dem Soldatenleben rechnen muß, so unter den Landarbeiterinnen mit dem Einfluß pfäffischer Verheißung und muckerischem Hinwegtäuschen über die Ursachen der elenden Lage. Doch läßt sich mit einigem Geschick, insbesondere in evangelischen Gegenden, dieser Einfluß eher überwinden als die Widerstände, welche unsere Bestrebungen unter dem männlichen Landproletariat entgegen stehen. Freilich nur, wenn mit Verständnis und Geschick agitiert wird. Nichts verkehrter als das Schimpfen auf Pfaffen und die Bezeichnung der kirchlichen Übungen als „Berrücktheit“, „Blödsinn“ und ähnlichen wenig schmeichelhaften Bezeichnungen. Dadurch kann man die Landarbeiterin in ihrem religiösen Empfinden so tief verletzen, daß das Gegenteil von dem erreicht wird, was man erreichen will. Viel eher hat man Erfolg, wenn man aus dem Leben schöpfend, der Landarbeiterin Vorgänge vor Augen führt, die ihr mit Leichtigkeit erkennen lassen, welch ein klassender Widerspruch zwischen den christlichen Worten und den höchst unchristlichen Taten der Herrschenden besteht, die dem Arbeiter nicht eifrig genug christliche Demut und christliche Nächstenliebe predigen können, in ihrem Tun und Treiben und insbesondere in ihrem Verhalten gegen die Arbeiter aber beides so oft vermischen lassen. Dadurch gelingt es unschwer, den Damm geistlicher Beeinflussung zu durchbrechen und den sozialistischen Ideen die Bahn freizumachen.

Allerdings stellen sich unserer Aufklärungsarbeit auf dem Lande noch andere große Schwierigkeiten entgegen. Das wirksamste Mittel, das gesprochene Wort, können wir fast gar nicht zur Anwendung bringen, da die ostelbischen Polizeibehörden es bisher verstanden haben, fast jede sozialdemokratische Versammlung auf dem Lande unmöglich zu machen. Unter der Ara des neuen Vereinsgesetzes scheint, als ob es darin etwas besser werden will.

Der Schwerpunkt unserer Agitation zur Gewinnung der Landarbeiter und Landarbeiterinnen liegt daher in der Verbreitung geeigneter Schriften. Dessen haben wir aber leider bitter wenig. Gewiß gibt es einige sozialdemokratische Schriften über die Lage der Landarbeiter, wie die Broschüre von Genossin Biez und andere noch. Allein die eignen sich eher zur Verbreitung unter den Genossen, die aufs Land hinaus agitieren gehen, als zur Verteilung unter den Landarbeitern und Landarbeiterinnen selbst. Diese wollen nicht so viel von ihrem Elend als vielmehr von den Mitteln und Wegen etwas hören, durch die sie sich von diesem befreien können.

Was uns fehlt, sind kurze, dem Verständnis der Landarbeiterschaft angepasste Flugchriften, die höchstens vier Seiten Oktav umfassen und die sozialdemokratischen Ziele und Forderungen beleuchten, in die sozialistische Gedankenwelt einführen. Der Inhalt muß so gewählt sein, daß er in Jahren nicht veraltet, so daß die Schriftchen gleich jenen religiösen Traktäthen jederzeit und allerorts verbreitet werden können. Jeder Genosse und jede Genossin, die mit Landproletariern in Berührung kommen, sollten eine Anzahl solcher Schriftchen bei sich tragen.

Auf Märkten, in der Eisenbahn, auf Ausflügen, kurz überall, wo sich Gelegenheit bietet, sollen sie diese Literatur verbreiten. Schon ihrer Kürze wegen werden die Schriftchen gelesen, und haben sie den richtigen Ton getroffen, so werden sie auch zum Nachdenken anregen.

Stete Kleinarbeit dieser Art, der auch die Muckersketten ihre relativ großen Erfolge unter den Landarbeiterinnen verdanken, verspricht mehr Erfolg als Flugblattverbreitungen großen Stils, die nicht selten zur Folge haben, daß die mit Eifer verteilten Schriftchen vom Gendarm, Pfarrer und Lehrer mit verdoppeltem Eifer wieder eingesammelt werden.

Auch die „Gleichheit“ könnte der Agitation unter den Landarbeiterinnen sehr gute Dienste leisten. Sie sollte von Zeit zu Zeit eine Landarbeiterinnenbeilage herausgeben, die den agitierenden Genossinnen, den in den verschiedensten Bezirken bereits erscheinenden Landarbeiterzeitungen und dem Verbandsorgan des kürzlich ins Leben getretenen Landarbeiterverbandes willkommeneres Material bieten würde.

Ferner sollten die Genossinnen, die noch mit Anverwandten auf dem Lande in Verbindung stehen — und ihre Zahl ist nicht klein —, keine Gelegenheit verfehlen, diese auf die sozialistische Bewegung aufmerksam zu machen. Die oben erwähnten Aufklärungsschriftchen würden ihnen das wesentlich erleichtern.

So gibt es der Mittel und Wege manche, die geeignet sind, auch die Landarbeiterinnen für den großen proletarischen Klassenkampf zu gewinnen. Aufgabe der organisierten Genossinnen ist es, nach Ort und Zeit sich der rechten zu bedienen. Stets sollten sie sich vor Augen halten, daß nur durch die Revolutionierung der Köpfe auch der Landarbeiterinnen und Landarbeiter die Macht des Junkertums gebrochen werden kann, die von der Bourgeoisie erhalten und gestützt, wie ein Alb auf Deutschland lastet. Diese Macht brechen, heißt aber den proletarischen Befreiungskampf um ein gut Stück fördern. Otto Braun.

Die weibliche Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft führt zur steigenden Verwendung weiblicher Arbeitskräfte. Wo immer es die Produktionsbedingungen und die Aussichten auf den Ertrag ermöglichen, da ziehen die Herren Unternehmer Frauenarbeit der Männerarbeit vor, denn sie ist billiger als diese, dazu noch williger, nachgiebiger und widerstandsunfähiger als sie. So wird die Frau schlimmeres als Konkurrentin um Lohn und Brot des Arbeiters; sie verwandelt sich in seine Schmutzkonkurrentin, welche seine Löhne drückt, seine sonstigen Arbeitsbedingungen verschlechtert, ja ihn oft ganz aus der Arbeit drängt. Die Arbeitermassen und die Arbeiterorganisationen, denen der Zusammenhang der Dinge verborgen blieb, machten die Frauenarbeit selbst für ihre verhängnisvollen Folgen verantwortlich. Sie sahen nicht, daß diese einzig und allein die Wirrungen der kapitalistischen Ausbeutung aller proletarischen Arbeit sind, mag sie von Männern oder Frauen verrichtet werden. Um die männlichen Proletarier vor Hungerlohn und Arbeitslosigkeit zu schützen, forderten sie daher das Verbot der Frauenarbeit. Anders die Arbeiterorganisationen, in denen die sozialistische Erkenntnis lebendig ist. Sie wissen, nicht die ausgebeutete Arbeiterin, der ausbeutende Kapitalist ist der Feind. Nicht das Verbot der Frauenarbeit ist ihre Lösung, wohl aber die gemeinsame Organisierung von Arbeiterinnen und Arbeitern zum Kampfe gegen die Ausbeutung, zum Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen, für endliche Befreiung. Es ist einer der Ehrentitel der freien zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands, daß sie, von sozialistischen Ideen geleitet, schon früh mit Verständnis und Energie die Einbeziehung der Arbeiterinnen in ihre Kader in die Hand genommen haben. Erwägt man die vielen besonderen Schwierigkeiten, die ihnen dabei im Wege standen und noch stehen, so muß man den Erfolg ihrer Bemühungen um so mehr würdigen.

Von diesen Bemühungen und Erfolgen erzählen die Ziffern im letzten Bericht, den die Generalkommission der Gewerkschaften in Nr. 6 des „Korrespondenzblatts“ über den Stand der Zentralverbände erstattet. Sie sind ein lückeriger Beweis dafür, daß die Arbeiterinnen immer mehr den Wert der Gewerkschaften schätzen

lernen; daß sie ihnen beitreten und Besseres noch: die Treue halten auch in den harten Zeiten der Krise und der Lebensmittelverteuerung. Freilich haben nicht alle Gewerkschaften ihren Stamm organisierter Arbeiterinnen gehalten. 15 Organisationen hatten einen Verlust von insgesamt 5079 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen, dafür gewannen 20 Verbände insgesamt 6593 Arbeiterinnen. Wie sich seit 1892 die Anteilnahme der Frauen an der Gewerkschaftsorganisation überhaupt entwickelt hat und ihr Verhältnis zur Gesamtmitgliederszahl, zeigt folgende Tabelle. Die Gewerkschaften zählten:

	Gesamte Mitglieder	Weibliche Mitglieder	In Proz.		Gesamte Mitglieder	Weibliche Mitglieder	In Proz.
1892	237 094	4 355	1,8	1901	677 510	23 699	3,4
1893	223 530	5 384	2,4	1902	723 206	28 218	3,8
1894	246 494	5 251	2,1	1903	887 698	40 666	4,5
1895	259 175	6 697	2,5	1904	1 052 108	48 604	4,6
1896	329 230	15 265	4,6	1905	1 344 803	74 411	5,7
1897	412 359	14 644	3,5	1906	1 689 709	118 908	7,1
1898	493 742	13 481	2,7	1907	1 885 506	136 929	7,3
1899	580 473	19 230	3,3	1908	1 831 731	138 443	7,6
1900	680 427	22 844	3,3				

138 443 gewerkschaftlich organisierte Proletarierinnen sind leider keine so große Zahl, wenn man sie an den Millionen der weiblichen Arbeitskräfte mißt, die in Handel und Industrie beschäftigt sind. Aber diese Zahl gewinnt an Bedeutung, wenn man die Hindernisse erwägt, mit denen die organisatorische Arbeit unter den Frauen rechnen muß. Und ihre Wichtigkeit tritt erst recht hervor, wenn man den Charakter der freien Gewerkschaften bedenkt, die diese mehr als 138 000 Arbeiterinnen zusammengeschlossen haben. Im Gegensatz zu den Hirsch-Dunderschen und christlichen Organisationen sind sie ausgesprochene Kampfesvereinigungen. Ihnen wird nicht die Unterstützung und Begünstigung zuteil, die jene erfahren. Die Christlichen aber haben trotz ihrer Förderung durch Geschorene und Gescheiterte nur 22 087 Arbeiterinnen organisiert, die Harmoniegefänge der Hirsch-Dunderschen hatten gar nur 7060 Frauen angelockt. Die 138 443 weiblichen Mitglieder der freien Gewerkschaften verteilen sich auf die verschiedenen Verbände folgendermaßen: Textilarbeiter 42 655, Metallarbeiter 15 167, Fabrikarbeiter 14 829, Tabakarbeiter 12 910, Buchdruckereihilfsarbeiter 7 466, Schneider 7 419, Schuhmacher 5 563, Handlungsgehilfen 4 892, Transportarbeiter 3 979, Holzarbeiter 3 163, Futtmacher 2 231, Porzellanarbeiter 1 563, Bäcker und Konditoren 1 388, Zigarrenfortierer 785, Brauereiarbeiter 776, Kürschner 601, Gastwirtsgehilfen 594, Gemeindearbeiter 556, Portefeuller 528, Glasarbeiter 474, Handschuhmacher 466, Sattler 250, Blumenarbeiter 183, Hafenarbeiter 150, Schirmmacher 113, Bureauangestellte 111, Lederarbeiter 99, Lagerhalter 86, Tapezierer 85, Maler 52, Gärtner 42, Fleischer 10, Photographen 5, Glaser und Steinseher je 1.

Den größten Zuwachs an weiblichen Mitgliedern hat von 1907 auf 1908 der Verband der Fabrikarbeiter zu verzeichnen, und zwar gewann er 2708 Arbeiterinnen, der Transportarbeiterverband erfreute sich in demselben Zeitraum eines Zuwachses von 821 weiblichen Mitgliedern, der Verband der Handlungsgehilfen eines solchen von 725, die Metallarbeiter gewannen 474 Arbeiterinnen für ihre Gewerkschaft, die Buchbinder 415, die Kürschner 275, die Schuhmacher 199, ihnen folgen die Konditoren mit 189, die Futtmacher mit 172, die Gemeindearbeiter und Masseure mit 168, die Wäschearbeiter mit 159, die Portefeuller mit 60, die Bureauangestellten mit 54, die Hafenarbeiter mit 50 weiblichen Mitgliedern mehr. Die Brauereiarbeiter hatten eine Zunahme von 41, die Blumenarbeiter von 40, die Sattler von 22, die Lagerhalter von 14, die Gärtner von 6 und die Glaser von einem einzigen weiblichen Mitglied. Den größten Verlust an weiblichen Mitgliedern erfuhr 1908 der Textilarbeiterverband. Er verzeichnete 1622 fahnenflüchtige Arbeiterinnen, der Tabakarbeiterverband deren 1272, die Buchdruckereihilfsarbeiter 873, die Porzellanarbeiter verloren 375, die Handschuhmacher 299, Holzarbeiter und Vergolder 294, die Schirmmacher 115, die Gastwirtsgehilfen 77, Glasarbeiter 74, Lederarbeiter 36, die Tapezierer 15, die Zigarrenfortierer 13, die Maler 7, die Photographen 6 und die Fleischer 1.

Der stärkste Rückgang weiblicher Mitglieder entfällt auf die Gewerkschaften solcher Gewerbe, die besonders heftig unter der Krise zu leiden hatten. Wir werden später noch in einem besonderen Artikel ausführlicher auf die Bewegung der weiblichen Mitglieder

in den Gewerkschaften zurückkommen. Dieser Artikel soll sich auch mit den Leistungen der Arbeiterinnen an die Verbände beschäftigen, mit ihrer Beteiligung an den Kämpfen und den recht schätzenswerten Errungenschaften und Vorteilen, die sie der Organisation verdanken. Wir begnügen uns heute damit, kräftigst die Mahnung zu unterstreichen, die den Arbeiterinnen aus dem sehr lehrreichen und wichtigen Bericht der Generalkommission entgegenklingt: Hinein in eure Gewerkschaft! Und ergänzend fügen wir ihr die Losung an die Genossinnen zu: Weiter ans Werk für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen!

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Ende August wurden von den sozialdemokratischen Vereinen der Gruppen **Löbtau** und **Cotta** zwei Frauenversammlungen einberufen. Die Tagesordnung lautete: „Die Preissteigerung der Lebensmittel und ihre Wirkungen auf die Familie.“ Die Versammlungen waren überfüllt und zahlreiche Aufnahmen in die sozialdemokratische Partei lohnten den Fleiß der Genossinnen, welche die mühevollen Vorarbeiten geleistet hatten. Zu jeder der Versammlungen hatten sie 4000 Handzettel von Haus zu Haus getragen.

In **Wesenstein** und **Ebersbach** fanden zwei vom Holzarbeiterverbände einberufene Versammlungen statt, die jedoch nur mäßig besucht waren.

In **Neugersdorf** hatte das Gewerkschaftskartell Versammlungen veranstaltet. Referiert wurde über „Die Heimindustrie und ihre Schäden für die Arbeiterinnen“ und über „Die gewerkschaftliche Organisation und die Lebensmittelverteuerung“. Der schwache Besuch der Versammlungen ist um so bedauerlicher, als gerade in Neugersdorf die Arbeitsbedingungen außerordentlich schlecht sind. Niedrige Löhne und schlechte Behandlung der Ausgebeuteten sind an der Tagesordnung. Der Boden für die Befestigung durch Partei und Gewerkschaften ist also vorhanden, es muß unverdroffen gearbeitet werden.

Außer den Versammlungen wurden im **sechsten sächsischen Kreise** Diskussionsabende für die Genossinnen abgehalten. Arbeit zur Aufrüttelung der Frauenmassen und zur Schulung der Erweckten gibt es die Hülle und Fülle, und wenn ihr Ertrag nicht in jedem einzelnen Falle sofort den Hoffnungen entspricht, so ist das Ergebnis der agitatorischen und organisatorischen Bemühungen im allgemeinen doch ein befriedigendes. Das beweisen die Ziffern über die Zahl der Frauen, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind.

Marie Wackwig sprach die Unterzeichnete in gut besuchten Versammlungen in **Bremerhaven** und **Segeberg**. Die Erregung über die ungeheure Schröpfung der Massen ist sehr groß. Selbst die Frauen, die sonst schwer in politische Versammlungen zu bekommen sind, waren jetzt zahlreich erschienen und folgten der Aufforderung, Mitglied unserer Organisationen zu werden. So ließen sich in Bremerhaven 20, in Segeberg 14 Personen in die Partei aufnehmen. — In einer gut besuchten Frauenversammlung in **Altona** behandelte die Unterzeichnete das Thema: „Steuern zahlen und Maul halten.“ Es waren in ihr über 400 Frauen anwesend, obgleich in der vorhergegangenen Woche eine Volksversammlung gegen die neue Steuerlast demonstriert hatte, der mehrere Tausend beiwohnten. Die nachträgliche besondere Veranstaltung für die Frauen sollte denjenigen von ihnen Gelegenheit zur Aufklärung geben, die Volksversammlungen nicht zu besuchen pflegen, da sie nicht gleichzeitig mit ihren Männern das Haus verlassen können. Die Genossinnen hatten die Agitation für diese Frauenversammlung selbst betrieben und wurden für ihre mühevolle Arbeit durch den Erfolg belohnt. Es traten eine Anzahl neuer Mitglieder der Partei bei und die „Gleichheit“ dehnte ihren Leserkreis aus. Linchen Baumann.

Agitation in einem Zentrumswinkel. Es ist eine Lust zu agitieren! Die preußisch-deutsche Regierung und der gebenedeite Schnapsblock haben sich mit der letzten Brandstiftung der unbemittelten Volksschichten so recht als ein Teil jener Kraft erwiesen, „die stets das Böse will und doch das Gute schafft“. Zumal die frommen Volkverräter vom Zentrum haben das Ihrige getan, um den ausgepörrten Massen über die gewissenlose Interessenwirtschaft der Besitzenden in unserem Klassenstaat die Augen zu öffnen. So findet denn das aufklärende Wort einen kräftigen Widerhall auch in den Gegenden, die uns bisher äußerst schwer zugänglich waren. Wird die günstige Situation von uns jetzt in der richtigen Weise ausgenutzt, so werden wir bald eine sehr erfreuliche Ausbreitung unserer Ideen in den noch indifferenten Massen des Proletariats

konstatieren können. Dazu aber ist nötig, daß wir mit der größten Schonungslosigkeit die Schäden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufdecken; daß wir die durch den neuesten Steuerraubzug weiter verschärften Klassengegensätze unverhüllt zum Ausdruck bringen und die daraus naturgemäß sich ergebenden Konsequenzen zeigen. Daß die revolutionäre Energie der Massen im Sinken begriffen sei, daß diese sich in der kapitalistischen Ordnung häuslich einrichten könnten, ist ein Popanz, der höchstens ein paar Käuzlein in ihr Dunkel zurückschrecken kann. Ich habe auf meinen letzten Agitationstouren in Ost- und Westpreußen und besonders auch im frommen Rheinland die Beobachtung machen können, daß es nur des belebenden Luftstoßes bedarf, um den glimmenden Funken zum Feuer der Erkenntnis zu entfachen und dem Sozialismus Scharen neuer Befenner zu werben. Daß der „tecke Schuß“, der diesmal das Gesecht einleitete, von oben kam, ändert an dieser Sachlage nichts. Die Gärung ergreift immer weitere Kreise der besitzlosen Klasse. Wir brauchen nur dafür zu sorgen, daß aus dem schäumenden, ungebärdigen Most klarer feuriger Wein wird.

Im niederrheinischen Agitationsbezirk sprach ich in 25 Versammlungen über die Thematika: „Vermehrte Volkslasten, verringerte Volksrechte“, „Steuerpolitik und Sozialpolitik in Preußen-Deutschland“, „Das Werk des Schnapsblocks und die proletarischen Frauen“, „Das Zentrum im Lichte seiner neuesten Leistungen“. Mit einer einzigen Ausnahme waren die Versammlungen sehr gut besucht, eine Anzahl davon tüchtig überfüllt. Und das obgleich es schlechterdings keine Schilane und Repressalie gibt, die nicht von unseren Gegnern gegen uns ausgespielt worden wäre. Die geschorenen Zentrumsagitatoren ließen ihren Schundromanhantasten noch freieren Lauf als bisher, wenn sie ihren frommen Schafen von der Kanzel herab die +++ Sozialdemokraten schilderten. Sie konnten aber dadurch nicht verhindern, daß doch mancher Saulus durch unsere Versammlungen in einen denkenden Paulus verwandelt wurde, der künftig sein Heil nicht mehr in der Hoffnung auf das Jenseits suchen will, sondern bereit ist, gemeinsam mit seinen Klassengenossen sich ein besseres Diesseits zu erkämpfen. So waren zum Beispiel in Euzkirchen eine stattliche Anzahl Mitglieder des christlichen Jünglingsvereins in unsere Versammlung dirigiert worden. Wahrscheinlich zu dem schönen Zwecke, um uns durch Ablaufen der christliche Duldsamkeit möglichst drastisch vor Augen zu führen. Die jungen Leute hörten jedoch die Ausführungen über die famose Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums nicht nur mit ernstlichem Interesse und unbedingter Ruhe an, sondern gaben auch am Schlusse ihrer Zustimmung deutlich Ausdruck. Einige von ihnen wurden für unsere Organisation gewonnen. Inendorf bei Koblenz ist seit geraumer Zeit die Herrschaft der starken Blütel Faust proklamiert. Die Hermandad war in der heiligen Dreizahl zu unserer Versammlung gekommen. Die dadurch beabsichtigte Wirkung auf die Masse ging jedoch vollständig verloren. Das Lokal war mehr als überfüllt, und die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen gaben in der lebhaften Diskussion einer unzweideutigen Absage an die geistigen und materiellen Gewalten unseres Klassenstaats Ausdruck. Sehr interessant gestaltete sich die Versammlung in Würselen (Landkreis Aachen). Sie mußte, aus Mangel an einem Lokal, fast eine Stunde außerhalb des Ortes tagen. Eine alte Scheune, mitten im Walde gelegen, bot uns eine mehr romantische als bequeme Zufluchtsstätte. Kopf an Kopf standen die ausgemergelten Männer und Frauen, die ernststen Gesichter fahl beleuchtet vom Scheine einer kleinen Laterne. Durch das schadhafte Dach bligten die Sterne, und die Strahlen des Mondes woben sich Silberfäden gleich in das Bild. Wunderbar stimmungsvoll klang zum Schluß das Hoch auf die rote revolutionäre Internationale in die stille Sommernacht hinaus. In Aachen waren etwa 700 Personen zu der Versammlung erschienen. Dort hatten die frommen Mucker kräftige Propaganda für uns gemacht. Kurz vorher hatte die berühmte Heiligensfahrt stattgefunden. Hunderntausende waren in der alten Krönungsstadt zusammengeströmt, um von dem „Heim der Muttergottes“ und den „Windeln des Jesukindleins“ wunderbare Segenswirkungen zu erleben. Die Freidenker hatten während dieser Tage eine Versammlung einberufen, um über diesen Götzendienst und den damit verbundenen Schacher Aufklärung zu verbreiten. Die noch im Dunkeln wandelnde fanatisierte Menge hatte ihnen jedoch unter geistlicher Leitung und mit echt christlichen Waffen: Stöcken, faulen Eiern, Apfelsinen und lieblichem Gebrüll die Versammlung gesprengt. Es verlautete, daß diese Szenen in unserer Versammlung wiederholt werden sollten. Die Genossen haben jedoch den frommen Brüdern diese Gelüste rechtzeitig zu vertreiben gewußt. So wurde der prächtige Verlauf der Versammlung nicht gestört, und es gelang nun, auch in Aachen das Verständnis für unseren Kampf und

unsere Ziele wiederum in weitere Kreise zu tragen. Das gräßliche Elend, unter dem die dortige Arbeiterschaft seufzt, trat mir so recht kraß in einer Versammlung der Tabakarbeiterinnen vor die Augen. Die Zustände scheinen heute noch eben so entsetzlich, wie sie aus den Erhebungen zutage treten, die die preußische Regierung in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der dortigen Gegend vornehmen ließ. Und dabei drängt sich einem gerade im schwarzen Nachen der Widersinn und die erbärmliche Heuchelei der „gottgewollten Weltordnung“ so recht auf. Die christliche Kirche, die Vertreterin der allumsfassenden Barmherzigkeit und Nächstenliebe, deren Vertreter nach dem Worte ihres Stifters keine Schätze sammeln sollen, sie stapelt tote Kapitalien haufenweise auf und läßt die „Kinder Gottes“ in Hunger und Elend verkommen. Einen Millionenwert repräsentiert allein der Aachener Domschatz, eine Sammlung der kostbarsten Kleinodien. Bei der Besichtigung des Domes habe ich recht von Herzen gewünscht, daß auch die Aachener Arbeiter und Arbeiterinnen die Worte bald richtig deuten lernen, die überall in den Wandelgängen dieses Gebäudes angeschrieben stehen: „Vor Taschendieben wird gewarnt.“ Es bliebe noch so manches zu berichten, was für die Leserinnen der „Gleichheit“ zweifellos von Interesse wäre. Besonders aus dem Kölner und Mülheimer Kreise. Aber nicht alles kann Raum finden. Meine Eindrücke lassen sich so zusammenfassen: Wir können mit dem Fortschritt unserer Sache zufrieden sein. Die Zahl der neuen Kämpfer und Kämpferinnen wächst, weitere Massen wurden zum Denken und damit auch zum Handeln angeregt. Und wir werden uns auch ferner nicht auf die Bärenhaut legen, sondern das Feuer auf der ganzen Linie eröffnen. Der Sieg wird unser sein.

B. Selinger.

Politische Rundschau.

Am 24. August wurde zu Breslau der Katholikentag eröffnet. Diese Veranstaltung soll angeblich ganz unpolitisch sein, in der Tat ist sie aber eine Parade des Zentrums. Sie bietet diesem vor einem regulären Parteitag den Vorteil, daß die Leitung alle ihre unbequemen politischen Angelegenheiten unter Berufung auf den unpolitischen Charakter der Tagung von der Erörterung ausschließen kann, dagegen unter der Maske „sozial“ auf die Tagesordnung alle solche politischen Dinge zu bringen vermag, auf deren Behandlung sie Wert legt. Die Wahl des Bureaus erfolgt so undemokratisch wie nur möglich, die Zulassung von Anträgen hängt vollständig von dem Befinden der Leitung ab, und nur Wohlhabenden ist die Erlegung des hohen Beitrags möglich, der zur Teilnahme an den internen Beratungen berechtigt. So hat das Zentrum nicht zu befürchten, daß eine dieser Paraden jemals anders als programmäßig verlaufen könnte, das heißt, daß an der Zentrumspolitik ernsthafte Kritik geübt werde. Auch in Breslau ist folglich von der Rolle des Zentrums beim Steuerlinderungszug des Schnapsblocks nicht die Rede gewesen. Dagegen erlaubte man sich einige kräftige Worte gegen das jämmerliche Reichsvereinsgesetz, das der Liberalismus verschuldet hat. Der Katholikentag bekam es insofern zu spüren, als ihm die behördliche Genehmigung verweigert wurde, in den Arbeiterversammlungen die polnischen Vertreter in ihrer Muttersprache reden zu lassen. Die preußische Junkerbureaucratie läßt eben keine Gelegenheit vorübergehen, wo sie beweisen kann, daß sie sich an Rückständigkeit und Borniertheit von keiner herrschenden Kaste der Welt übertreffen läßt. Natürlich fehlte es dem Katholikentag nicht an dem üblichen Schaugepränge der Umzüge usw. Indes war die Beteiligung an der Parade der katholischen Arbeitervereiner geringer als in den Vorjahren. Und das trotz der großen Anstrengungen, die man gemacht hatte, um genügend Statisten zusammenzubringen — einzelne katholische Magnaten hatten auf ihre Kosten die bedauernden katholischen Proletarier im Extrazug befördern lassen. Die Breslauer Sozialdemokratie veranstaltete am selben Tage eine wuchtige Gegendemonstration. Vom Grabe Lassalles, an dem zahlreiche Kränze niedergelegt wurden, zogen die Massen in musterhafter Ordnung durch die Straßen Breslaus. In einer Rieserversammlung wurden die Zentrumsünden von Bernstein gepeilt; in der Woche folgte eine große Frauenversammlung, in der Genossin Fryer die Taten des Zentrums bei der Reichsfinanzreform brandmarkte.

Von den Verhandlungen des Katholikentags ist bemerkenswert eine Rede des Kardinals Kopp über den katholischen Volksverein. Der Kirchenfürst nahm darin Stellung zu einem inneren Zwist in dem Zentrumslager, der neuerdings offenbar wurde. Einer Richtung der Partei, die von den Reichstagsabgeordneten Roeren und Bitter und von Geistlichen geführt wird, ist das Zentrum zu „weltlich“ geworden. Sie will seinen Charakter

als katholische Partei scharfer betont wissen und einen engeren Anschluß an die Kirche, an die Bischöfe, die auch in politischen Fragen die oberste Instanz der Katholiken sein sollen. Im letzten Grunde laufen diese Bestrebungen darauf hinaus, aus dem Zentrum noch mehr als bisher eine rein reaktionäre Partei zu machen, die zu der jeweiligen Regierung gute Beziehungen unterhält, wie das die Kirche in ihrem Interesse wünscht. Die Angriffe, die auf einer vertraulichen Versammlung der Koeren-Bitter-Richtung am Osterdienstag erfolgten, richteten sich vornehmlich gegen die christlichen Gewerkschaften. Die werden von den Herren noch immer zu selbständig von der Geistlichkeit befunden, und wegen der Verbindung mit den Evangelischen erblicken sie in ihnen die Gefahr einer Abschwächung des strengen katholischen Fühlens. Die Richtung begünstigt deshalb die rein katholischen Fachabteilungen, die außerdem das Gute haben, die Zersplitterung der Arbeiterklasse zu erhöhen, und die gegen die Unternehmer noch ohnmächtiger sind als die christlichen Zwittergewerksvereine. Auch mit dem Volksverein für das katholische Deutschland, der großen Wahl- und Werbeorganisation des Zentrums, sind die Koeren und Bitter nicht ganz einverstanden. Der Volksverein macht nach ihnen den modernen Ideen zu viel Zugeständnisse und soll deshalb fester an das Gängelband der Geistlichkeit genommen werden. Die andere Richtung des Zentrums wird durch die geschäftsluge „Kölnische Volkszeitung“ geführt. Sie ist schlau genug, einzusehen, daß ohne gewisse Scheinzugeständnisse an die moderne Entwicklung das Zentrum sich auf die Dauer nicht halten kann. Sie ist sich im klaren darüber, daß die Partei namentlich die ihr noch anhängenden Arbeiterscharen verlieren muß, wenn sie ihnen außer dem Anschluß an die freien Gewerkschaften auch noch den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit den christlichen Arbeitern der anderen Konfession verwehren und die Bewegungsfreiheit der christlichen Arbeiterorganisationen gar zu offensichtlich unterbinden wollte. Sie hat sich daher gegen die Koeren und Bitter zur Wehr gesetzt und vorläufig den Sieg davongetragen. Im letzten Grunde sind diese Kämpfe der Ausdruck widerstreitender Klasseninteressen im Zentrum. Die Koeren und Bitter vertreten die Interessen der hohen Geistlichkeit, der katholischen Junker und der erstarkenden katholischen Bourgeoisie, die auf ein gutes Verhältnis zur Regierung von wegen der Karriere und auf die Niederhaltung der Arbeiterklasse vor allem Wert legen. Auf der anderen Seite steht die Arbeiterschaft und die Intelligenz, deren Führer erkennen, daß ohne ein gewisses schein-demokratisches und scheinmodernes Gebaren die Massen auf die Dauer nicht zu halten sind. Der kleine Mittel- und Bauernstand ist weniger an der Sache interessiert und schwankt zwischen beiden Richtungen hin und her, wenn er den Koeren und Bitter nicht durch jene Instinkte zugetrieben wird, die gegen die Arbeiterbewegung gerichtet sind. So ist der Streit ein Ausdruck der Zerlegung des Zentrums, die sich allerdings sehr langsam, aber unaufhaltsam vollzieht. In den Debatten hat Herr Bitter einen für diese Partei kennzeichnenden Ausdruck getan. Er sagte: „Lassen Sie einmal die Geistlichen bei den Wahlen neutral sein und das Zentrum ist zerschmettert.“ Worin das Zugeständnis liegt, daß die Partei durch die einander widerstrebenden Interessen ihrer verschiedenen Bestandteile längst auseinander gesprengt wäre, wenn man nicht die Gläubigen durch die Vorspiegelung von der Bedrohung der katholischen Kirche zusammenhielte.

Kardinal Kopp erklärte nun auf dem Katholikentag, daß die deutschen Bischöfe Vertrauen zum Volksverein hätten. Sie wüßten, daß er nur katholisches Wissen verbreiten wolle, und daß er keine Bestrebungen fördern werde, die die Grenzen zwischen den Konfessionen zu verwischen trachteten. Die Bischöfe, äußerte er sich weiter, hätten mit der Zentralstelle des Vereins stets enge Fühlung. Im selben Sinne sprach der Vorsitzende des Vereins, Dr. Pieper. Es ist demnach hinter den Kulissen ein Einvernehmen zwischen den Bischöfen und der Volksvereinsleitung geschlossen worden, wobei die Bischöfe völlig gesiegt haben. Der Verein schwört alles schein-demokratische und „modernistische“ Gebaren ab und stellt sich unter die strengste Aufsicht der Bischöfe, die er bei allen Aktionen erst zu fragen hat — was man „enge Fühlung halten“ nennt.

Der Gegensatz zwischen den katholischen Fachabteilungen und den christlichen Gewerkschaften ist ebenfalls von den Zentrumsdiplomaten vertuscht worden. Alle Anträge, die ihn in Erscheinung hätten treten lassen können, wurden zurückgezogen, um die Entscheidung für eine der beiden Richtungen drückte man sich schlaue herum. — Besonders scharf wurde die Forderung nach vollständiger Unterstellung der Schule unter die Kirche betont. Die sogenannte Erörterung der Frauenfrage beschränkte sich auf einige Gemeinplätze und eine vorsichtige Billigung des Frauenstudiums. Vom Frauenwahlrecht war diesmal mit keiner Silbe die Rede.

Die sogenannten „christlichen Arbeiterführer“ machen noch immer trampschaste Anstrengungen, den Sturm des Unwillens in den Reihen der christlichen Gewerkschaftler zu beschwören. Dabei kommt es ihnen gar nicht darauf an, daß sie mit der Wahrheit in bösesten Konflikt geraten. Ja mehr noch: sie scheuen sich sogar nicht darum, daß sie mit früheren eigenen Ausprüchen und untereinander in Widerspruch geraten. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften setzt seinen Lesern auseinander, daß die christlichen Gewerkschaften politisch neutral sind und deshalb selbst auf die Erörterung mancher Fragen politischer und wirtschaftlicher Art verzichten müssen, an denen die Arbeiter unbedingt ein Interesse hätten. Diese Neutralität müsse unbedingt aufrechterhalten werden wegen der eigenartigen Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den bürgerlichen Parteien. Eine Ausnahme gestattet das Zentralblatt nur für direkt sozialpolitische Angelegenheiten zu, wie Arbeiterschutz und -versicherung, weil das Lebensfragen der Gewerkschaften seien.

Diese Auseinandersetzung ist sehr lehrreich. Sie beleuchtet scharf den inneren Widerspruch, an dem die christliche Gewerkschaftsbewegung unheilbar krankt und mit ihr die ganze „christliche Arbeiterpolitik“. Denn was besagt das Gerede? Nichts anderes als dieses: Fragen, die für die Arbeiter nicht minder bedeutungsvoll sind als Arbeiterschutz und -versicherung, so Fragen der Wirtschafts-, Zoll- und Steuerpolitik, Fragen des Wahlrechts, Versammlungs- und Koalitionsrechts dürfen in ihren christlichen Organisationen nicht erörtert werden, weil diese sonst ihr gutes Verhältnis zu den kapitalistischen bürgerlichen Parteien nicht aufrechterhalten können. Damit diese Parteien den christlichen Gewerkschaften einige praktische, einflußlose parlamentarische Konzeptionschulzen bewilligen, müssen sie es dulden, daß diese ihre sogenannten Vertreter in den wichtigsten Fragen direkt gegen die Arbeiterinteressen stimmen, daß sie die arbeitserfindliche Politik der bürgerlichen Parteien mitmachen. Das Zentralblatt hat den bündigen Beweis geliefert, daß eine wirkliche Arbeiterpolitik außerhalb der Sozialdemokratie einfach nicht möglich ist.

Abgesehen sind die Herren christlichen Gewerkschaftsführer in dieser Sache noch nicht einmal ganz einig. Giesberts hat im Zentralblatt die Stirn, zu versichern, „die Finanzreform hat kein direktes Interesse für unsere christlichen Gewerkschaften. Sie ist eine politische Frage und war es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders. Mit diesen politischen Vorkommnissen im Reichstag haben die christlichen Gewerkschaften nichts zu tun.“ Die christliche Textilarbeiterzeitung aber schrieb am 17. Juli, daß die wirtschaftspolitischen Fragen das lebhafteste Interesse der großen Arbeitermassen beanspruchen, und daß diesen keineswegs gleichgültig sein könne, welche Bahnen die Steuerpolitik in Reich, Staat und Gemeinde wandle. Auch in diesem Widerspruch spiegelt sich die unhaltbare Position der „christlichen Politiker“. Ebenso darin, daß die zu M.-Glabach erscheinende Westdeutsche Arbeiterzeitung jetzt über die Wirkung der indirekten Steuern das Gegenteil von dem schreibt, was die ebenfalls von den M.-Glabacher Sozialpolitikern des Zentrums herausgegebene Zeitschrift „Soziale Kultur“ darüber im Jahre 1905 der Wahrheit gemäß sagte.

Das Defizit der Reichskasse in dem am 31. März 1909 vollendeten Geschäftsjahr ist jetzt festgestellt. Es beziffert sich auf rund 122 Millionen Mark, trotzdem viele Ausgaben zurückgestellt, das heißt im allgemeinen aufs nächste Jahr verschoben wurden. Wären alle im Etat vorgesehenen Ausgaben gemacht worden, so betrüge das Defizit gar 185 Millionen Mark. Das Reich wird also wieder eine erhebliche Vermehrung seiner Schulden durch eine Anleihe vornehmen müssen.

In Osterreich hat der Nationalitätenstreit wieder einmal wechselweise Ausschreitungen der Deutschen und Tschechen gegeneinander hervorgerufen. Es scheint aussichtslos, daß durch die tschechische Obstruktion festgefahrene Parlament arbeitsfähig zu machen. Die Regierung soll angeblich die Auflösung beabsichtigen. Der Klerikalismus hält diese Zeit für günstig, seine Herrschaft weiter auszudehnen. Auf das Geheiß der klerikalen Partei hat der „liberale“ Unterrichtsminister eine Entscheidung erlassen, welche den klerikalen Machthabern in Wien die Möglichkeit gab, die Schulen des Vereins „Freie Schule“ zu schließen. Die Wiener Arbeiterschaft hat in imposanten Versammlungen gegen diesen wider das Gesetz verstoßenden Versuch protestiert, jede Schule unmöglich zu machen, die nicht der Muckerei dient.

Die neue Türkei wird immer mehr von der Nationalitätenfrage bedrängt. Die Albanesen, der noch halb barbarische Bergstamm, haben sich erhoben, weil sie keine Steuern zahlen wollen, und in Arabien tobt der Aufstand.

Im „Vorwärts“ hat der russische Sozialist-Revolutionär W. Burzew, der Entlarver Azems und Hartungs, eine Artillerie bekommen, die den Zaren auf Grund dokumentarischen Materials als Mitwisser an allen Greueln und Schändlichkeiten seiner Polizeibestien erweist. Gleichzeitig hat Burzew abermals einen gefährlichen Lockspiegel in den Reihen der Sozialisten-Revolutionäre entlarvt: eine Frau Sinaida Gerngroß-Zutschenko. Sie galt als eine bewährte Kämpferin der Partei und genoß großes Vertrauen. An der Vorbereitung zahlreicher Attentate hatte sie tätigen Anteil. Sie benützte ihre Mitwisserschaft, um die Beteiligten, denen sie zum Teil zärtlichste Freundschaft heuchelte, in die Hände der russischen Henker zu liefern — viele sind mit den Bomben ergriffen worden, die ihnen die Gerngroß in die Hand gegeben hat. In Berlin, wo sie sich in letzter Zeit aufhielt, hat ihr Burzew das Geständnis ihrer Schandtaten abgerungen, die sie schließlich, in die Enge getrieben, mit zynischer Schamlosigkeit ablegte.

In Indien greift die Unabhängigkeitsbewegung weiter um sich. Sie wird neue Nahrung ziehen aus der schmachtvollen Hinrichtung des Indiers Dinghra, der zu London einen ehemaligen englisch-indischen Beamten erschoss, um sein unter der englischen Herrschaft dahinsiechendes Volk zu rächen. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Nachdem wir an dieser Stelle schon den Mitgliederstand der freien Gewerkschaften im letzten Jahre verzeichnet haben, sei aus dem reichen und übersichtlichen Material, das der Bericht der Generalkommission über die Gewerkschaften im Jahre 1908 enthält, noch einiges über deren Stand nachgetragen. Am Jahreschluß betrug der Verlust an Mitgliedern 75 183, im Jahresdurchschnitt stellt er sich jedoch nur auf 33 775. Die Gewerkschaften haben während der früheren wirtschaftlichen Krisen erhebliche Mitgliederverluste erlitten. Zumal der Rückgang ihrer numerischen Stärke im Anfang der neunziger Jahre hat sie hart getroffen, jedenfalls weit empfindlicher als die Abnahme ihrer Truppen im letzten Jahre. Außer der Krise muß noch bedacht werden, daß die Gewerkschaften in den drei vorhergehenden Jahren nicht weniger als rund 800 000 Mitglieder gewonnen hatten. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage haben 24 Verbände ihren Mitgliederstand erhöhen können. Die starken Verluste entfallen in der Hauptsache auf die großen Arbeiterverbände derjenigen Gewerbe, die von der Krise am schwersten heimgesucht worden sind. Wir haben bereits in letzter Nummer gemeldet, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in den freien Gewerkschaften etwas gestiegen ist. Eine eingehendere Darstellung des einschlägigen Materials haben unsere Leserinnen heute an anderer Stelle gefunden.

Die Einnahmen und Ausgaben der Verbände sind der Lage gemäß im Berichtsjahr etwas zurückgegangen. Die Einnahmen verringerten sich von 51 396 784 Mk. auf 48 544 896 Mk. Die Jahresausgaben für 1908 in der Höhe von 42 057 576 Mk. waren um rund eine Million niedriger als 1907. Das Sinken der Ausgaben trat nur bei den Aufwendungen für Streiks und Aussperrungen ein. Hierfür wurden 1907 rund 13 Millionen Mark verausgabt, 1908 dagegen nur rund 4 700 000 Mk., das Minus beträgt fast 8 1/2 Millionen Mark. Die Ausgaben aller anderen Arten der Unterstützung sind ungeheuer gestiegen. Für Arbeitslosenunterstützung gingen die Aufwendungen von rund 4 375 000 Mk. auf 8 134 000 Mk. in die Höhe, für Arbeitsunfähigenunterstützung von 5 635 000 Mk. auf 8 478 000 Mk. In den letzten 18 Jahren haben die Zentralverbände für Unterstützungen allein nicht weniger als fast 144 Millionen verausgabt. Kann es eine bereitere, überzeugendere Beurteilung des Wertes geben, den die Gewerkschaften für die Arbeiter und Arbeiterinnen haben, als diese trockenen Zahlen? Zeigen sie nicht, daß die Organisation die große, nicht versagende Sparbüchse ist, in welche für die Tage der Not die Arbeiterin und der Arbeiter ihre bescheidenen Einlagen machen müssen. Von vielen Zehntausenden von Arbeiterinnen, von Arbeiterfamilien haben die gewerkschaftlichen Unterstützungen das schwärzeste Elend abgehalten. In welchem Umfang die Krise Proletariat auf die Landstraße treibt, ist allein schon aus der Summe ersichtlich, welche die Gewerkschaften für Reiseunterstützung ausgegeben haben. 1907 zahlten sie an Wandernde 869 148 Mk. Unterstützung aus, 1908 aber 1 184 858 Mk. So haben die Gewerkschaften in der Zeit großer Not für die werktätigen Massen Großartigeres geleistet als alle die bürgerlichen Wohltätigkeits- und Wohlfahrts-Einrichtungen. Und wohlgerne: alle ihre Leistungen sind ihren Mitgliedern als zu beanspruchende Rechte zugute gekommen und nicht als demütigende Almosen und Betteluppen. Möchten das die unorganisierten Sklaven des Kapitals beherzigen.

Daß die gegnerischen Gewerkschaften, besonders die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen, weit stärker unter der Krise gelitten haben und sich weit weniger leistungsfähig erwiesen als die Zentralverbände, haben wir gelegentlich an dieser Stelle bereits früher zahlenmäßig vermerkt. Es wird jetzt durch die offizielle Gewerkschaftsstatistik ziffernmäßig nachgewiesen. Die Berichte verschiedener freien Gewerkschaften über ihren Stand in den ersten Quartalen dieses Jahres zeigen unverkennbar eine neuerliche Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen. Diese erfreuliche Erscheinung zu kräftigen, und das insbesondere durch das Wirken neuer weiblicher Mitglieder, muß das unablässige Bestreben der Genossinnen sein; mit der Stärke wächst die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften, und an ihr haben Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen das größte Interesse. Die Aktionsfähigkeit setzt sich ja in erfolgreichem Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung und Willkür um, sie bedeutet daher höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen überhaupt.

Der Bergarbeiterverband will sich an den Wahlen der Sicherheitsmänner für die Grubentontrolle energisch beteiligen, so beschloß eine Sitzung des Vorstands und der Bezirksleiter. Diese Sicherheitsmänner sollen aus der Arbeiterschaft gewählt werden und die Gruben kontrollierend befahren dürfen. Es ist das ein sehr geringes Zugeständnis an die Forderung der Bergarbeiter auf verbesserten Arbeiterschutz: die sogenannte „weiße Salbe“, die den Grubenproletariern auf ihre vielen brennenden Wunden gestrichen werden soll. Die Beteiligung an den Wahlen wird trotz des ungenügenden Reformchens von Nutzen für die Bergarbeiter sein. Im August war es zwanzig Jahre, daß der Bergarbeiterverband besteht. Das gab Gelegenheit, an die brutalen Verfolgungen und Drangsalierungen zu erinnern, die die Organisation und ihre Leiter erfahren haben. Den äußeren Anlaß zur Gründung des Verbandes gab der große Kampf der Kohlengraber des Ruhrreviers im Jahre 1889 und seine Folgen. Er rief daselbst 90 000 Grubenproletarier, in anderen Revieren noch 40 000 auf den Plan. Die bekannte Kaiserdeputation wurde entsendet, deren Glieder zwar freundschaftlich mit „Du“ und „Ihr“ angeredet und zur Artigkeit vermahnt wurden, die sonst aber keine guten Resultate zeitigte. Wighell leuchtete die Erkenntnis auf, die Bergarbeiter müßten sich durch die gewerkschaftliche Organisation selbst helfen. Tausende strömten dem Verband zu, der in kurzer Zeit 50 000 Mitglieder zählte. Furchtbare Gegnerschaft dezimierte bald die Reihen. Der bekannte Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen und die Verfolgung der Redakteure der Bergarbeiter-Zeitung und der Angestellten des Verbandes wollten diesem an das Lebensmark gehen. In fünf Monaten wurden drei Redakteure nacheinander verhaftet, im Winter 1891 schneite es folgende Anklagen: für einen Verbandsführer sechs bis acht, einen andern fünf, für zwei zwei und für drei je eine. Der Verband hat all diese Stürme überstanden. Er zählt heute rund 110 000 Mitglieder, hat über drei Millionen Markensbestand und ist ein starker Schützer der Interessen des Grubenproletariats.

Im Hamburger Baugewerbe ist es nach langen schwierigen Verhandlungen nunmehr zum Frieden gekommen. Die Stundenlöhne erfuhr eine Aufbesserung von 8 Pf. ab 1. April 1910 und um weitere 2 Pf. ab 1. Juli 1910. Maßregelungen fanden nicht statt. So haben die Bauarbeiter nach langem heldenmütigen Kampfe, in dem keiner fahnenflüchtig wurde, dem Hochmut der Scharfmacher im Hamburger Baugewerbe doch noch die Zügel angelegt.

Die Winnenschiffer auf der Elbe, der Saale und den märkischen Wasserstraßen bereiteten eine Lohnbewegung vor, die größeren Umfang anzunehmen schien. Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Verbänden der Hafensarbeiter und der Maschinisten und Heizer führten zu einem befriedigenden Ergebnis für die Winnenschiffer. Die Löhne der zumeist in Betracht kommenden Arbeiterschichten wurden um 5 Mk. pro Monat ab 1. Oktober 1909 und um weitere 5 Mk. pro Monat ab 1. Januar 1911 erhöht. Außerdem wurde eine Besserbezahlung der Überstunden erreicht.

In der Stettiner Herrenkonfektion ist schon seit längerer Zeit eine Tariffbewegung im Gange. Die Arbeiter reichten einen Tarif ein, der vor den Augen der Unternehmer keine Gnade fand. Die Herren arbeiteten darauf ihrerseits einen Tarif aus, der die aufgestellten Sätze erheblich verschlechterte. Zurzeit finden Verhandlungen zwischen den Parteien statt.

Auch im Malergewerbe bereitet sich eine umfangreiche Tariffbewegung vor. Ende dieses Jahres laufen die bestehenden Verträge ab. Zu einem Normaltarif, der geschaffen werden soll, haben 288 Zahlstellen Forderungen gestellt. 161 Orte verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine viertel bis eine Stunde, 231 eine Lohnerhöhung um 10 Prozent. Die in Fluß gekommene

Bewegung berührt rund 33000 Mitglieder. Kommt es zu keiner Einigung, so steht ein großer Kampf in Aussicht.

In der Tabakindustrie machen sich die Folgen der neuen Steuer immer stärker bemerkbar. In allen Gegenden Deutschlands sind Arbeiter- und Arbeiterinnen entlassen worden, oder es wird mit verkürzter Arbeitszeit geschafft. Die Bestimmungen, die die Polizeiprääsidenten betreffs des Antrags auf Unterstützung aus dem Vermittlungsfonds des Reichs erlassen haben, sind so engherzig und bürokratisch, daß es den ausgepowerten und auf Pflaster geworfenen Tabakarbeiter auf äußerste erschwert wird, an den Reichsädel heranzukommen. Aus Westfalen wird gemeldet, daß die arbeitslosen Tabakarbeiter in ihrer Not als Landarbeiter Beschäftigung suchen, natürlich ohne Erfolg. So wirkt die Herrlichkeit der neuen Steuergebung! Ihr Fazit heißt: Fällung der Taschen der Reichen und Steigerung der Not und Sorge für die Armen!

Die Brauindustrie hat anscheinend nicht so stark unter der „Finanzreform“ zu leiden. Hier haben die Arbeiter- und Unternehmerverbände Verträge geschlossen, die einen Ausgleich schaffen und plötzliche große Arbeiterentlassungen verhüten sollen. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Werden Dienstmädchen gute proletarische Hausmütter?
Zu dieser Frage, die in Nr. 23 der „Gleichheit“ von E. U. behandelt wurde, möchte ich einiges aus den Erfahrungen mitteilen, die ich in den vielen Jahren gesammelt habe, seit ich in der Leitung des Vereins sozialdemokratischer Frauen in Wien tätig bin. Die Mitglieder dieses Vereins sind vorwiegend verheiratete Frauen, deren Hauptbeschäftigung die Hauswirtschaft bildet. Ein großer Teil der Funktionärinnen in allen sechs Ortsgruppen besteht aus ehemaligen Dienstmädchen. Ich habe zahllose Diskussionen an Vereinsabenden und Privatgespräche über hauswirtschaftliche Dinge, Erziehungsfragen und Organisationsangelegenheiten mit einzelnen dieser Genossinnen gehabt, und so konnte ich mir eine Meinung darüber bilden, nicht nur, wie sich die ehemaligen Dienstmädchen zu Hausmüttern, sondern auch wie sie sich zu tätigen Parteigenossinnen qualifizieren. Auch ich bin nicht imstande, die Meinung zu teilen, gegen die E. U. polemisiert. Ich habe den besprochenen Artikel nicht gelesen und kann mich also nur an die einzelnen Stellen daraus halten, die in der „Gleichheit“ wiedergegeben sind. Manche der darin behaupteten Tatsachen scheinen mir der Wirklichkeit vollkommen zu entsprechen, aber die Folgerungen, die der Autor des Artikels daraus abgeleitet hat, halte ich nicht für richtig.

Gewiß hat das Dienstmädchen im Bourgeois-Haushalt nicht Gelegenheit, sich in der peinlichen Sparsamkeit zu üben, welche die traurige Pflicht der Proletarierfrau ist. In der Regel aber hat das Mädchen, ehe es daran geht, einen Dienstplatz zu suchen, schon im elterlichen Haushalt alles erlernt, was es dort überhaupt zu erlernen gibt. Welche Mutter würde nicht das Kind, das sie hinausschicken muß unter fremde, rücksichtslose Menschen, wenigstens so weit mit Kenntnissen für seinen Beruf ausstatten, als es in ihren schwachen Kräften steht? Auf dem Dienstplatz aber lernt das junge Mädchen alles, was zu Hause mit dem allgeringsten Aufwand an Geld und Zeit geschehen mußte, besser und gründlicher zu besorgen. Kein Zweifel, daß ihm das für den künftigen eigenen Haushalt von Nutzen sein muß, denn zu wissen, wie eine Arbeit gut und gründlich gemacht wird, ist selbst dann wichtig, wenn Mittel und Zeit nicht ausreichen, um sie mustergültig zu leisten. Selbst mit minderem Material und geringem Zeitaufwand wird noch immer die Frau besser kochen, die weiß, wie die Speisen beschaffen sein und schmecken sollten, als diejenige, die das nie erfahren hat. Ein Gleiches gilt auch von der Reinigung der Wohnung, der Geräte und Wäsche ebenso wie von der Kinderpflege. Auf all das kann im Proletarierhaushalt leider nicht dieselbe Sorgfalt verwendet werden wie im bürgerlichen, aber alle diese Arbeiten werden um vieles besser von einer Frau besorgt, die weiß, wie sie gemacht werden sollten, als von einer, die keine Ahnung davon hat. Freilich ist es für die proletarische Mutter sehr schmerzhaft, zu wissen, wie unzureichend alles ist, was sie mit bitterer Mühe und Sorge im eigenen Heim und für die eigene Familie leistet. Gerade dieses Bewußtsein aber wirkt revolutionierend auf ihren Geist ein und macht sie um so besser zur sozialdemokratischen Kämpferin geeignet. Die junge Fabrikarbeiterin hat allerdings viel mehr Gelegenheit als das Dienstmädchen, die Macht der proletarischen Solidarität kennen zu lernen

und an den Kämpfen ihrer Klasse teilzunehmen. Trotzdem fehlt in ihrem Leben oft jenes revolutionisierende Element, das dort am sichersten zum Vorschein kommt, wo sich die Vergleichung verschiedener Lebenshaltungen aufdrängt.

Richtig ist, daß die jungen Dienstmädchen im bürgerlichen Haushalt keine planmäßige Erziehung finden. Auch in der Zeit, als die bürgerlichen Hausfrauen sich selbst noch viel intensiver im Haushalt betätigt haben, fiel es ihnen nicht ein, die Dienstmädchen für deren künftigen hausmütterlichen Beruf zu erziehen. Die tüchtigste Hausfrau kann und will das Mädchen doch nur zu einer brauchbaren Arbeiterin im bürgerlichen Haushalt heranbilden. Aber was sie planmäßig weder tun will, noch tun kann, das tun die Verhältnisse durch sie. Damit soll jedoch durchaus nicht behauptet werden, daß der Beruf der Dienenden vom Standpunkt der geistigen Entwicklung der Proletarierinnen nur Vorzüge hat. Er weist vor allem anderen den großen Nachteil auf, daß er die Mädchen verurteilt, in Vereinzelung, oft auch in Vereinsamung zu leben, und nicht nur von den Bestrebungen ihrer Klasse in der Regel abgeschnitten zu sein, sondern sehr oft auch unter dem Einfluß ihrer Brotgeber Anschauungen und Gewohnheiten anzunehmen, die in schroffem Gegensatz zu denen des kämpfenden Proletariats stehen. Trotzdem aber die Dienstmädchen in der Regel an Klassenbewußtsein hinter den Fabrikarbeiterinnen zurückbleiben, erweitert sich ihr Gesichtskreis doch erheblich durch den Einblick in fremde, von den ihnen sehr verschiedene Lebensverhältnisse. Es bedarf dann oft nur eines Anstoßes, um sie auf den rechten Weg zu bringen, und dieser Anstoß wird zumeist von den jungen Männern gegeben, mit denen sie gefellig verkehren und aus deren Mitte sie sich den Bräutigam wählen. Darum finden wir es oft, daß Dienstmädchen, die noch kurz vor ihrer Verheiratung ganz im Sinne bürgerlicher Anschauungen standen, binnen kurzem zu ebenso eifrigen als intelligenten Parteigenossinnen werden. Und dabei können wir beobachten, daß die geschicktesten proletarischen Hausfrauen sehr oft auch die tüchtigsten Parteifunktionärinnen sind. Es ist das leicht zu verstehen. Die Hausarbeit wird ihnen leichter und ihre Einteilung bereitet ihnen weniger Sorgen und Verlegenheiten als den im Haushalt Angeübten, und so erübrigen sie eher hier und da ein paar Stunden für Lektüre und zum Besuch von Sitzungen und Versammlungen. Die für den Proletarierhaushalt so notwendige Sparsamkeit und Sorgsamkeit würde die Not auch dann dem ehemaligen Dienstmädchen bald aufzwingen, wenn sie sie nicht schon im elterlichen Haushalt erlernt hätte, aber was ihr nicht mehr verloren gehen kann, das ist die Kenntnis einer höheren Lebenshaltung und die damit verbundene Überwindung der „verfluchten Bedürfnislosigkeit“.

Allerdings, wer diejenige Arbeiterfrau für die beste hält, die sich am geduldigsten unter das harte Joch beugt, das ihr auferlegt ist, der mag finden, daß das ehemalige Dienstmädchen zur Mustergattin verdorben ist. Wer jedoch sich klar darüber ist, wie wenig im allgemeinen das Proletariat ahnt — sehr zum Nachteil für die psychischen Bedingungen seines Kampfes —, wie eine Lebenshaltung eigentlich beschaffen ist, die der vollen Höhe der heutigen Entwicklung entspricht, der muß trotz der schweren Nachteile und Gefahren, die der Dienstbotenberuf mit sich bringt, doch auch einen gewissen Vorteil darin erblicken, daß ein Teil des weiblichen Proletariats imstande ist, im Lager des Gegners Erfahrungen zu sammeln, die für den proletarischen Befreiungskampf nicht ganz unwichtig sind. Diesen Vorteil auszunutzen und jene Nachteile und Gefahren zu vermindern, ist die Aufgabe der Dienstbotenorganisationen, wie sie sich in Deutschland so vielversprechend entwickeln.

Therese Schlegel-Wien.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die erste sozialistische Frauenkonferenz in Österreichisch-Schlesien hat in Jägerndorf am 22. August getagt. Von den elf Orten Schlesiens, in denen Ansätze zur politischen Frauenbewegung vorhanden sind, waren nur zwei nicht durch Delegierte vertreten; sechs hatten je eine Genossin und einen Genossen delegiert und die Vereine von Jägerndorf wie Weißkirch die gesamten weiblichen Funktionärinnen. Das Frauen-Reichskomitee war durch die Genossinnen Popp und Freundlich vertreten und die Brünner Genossinnen durch Genossin Klapatsch. Der Konferenz ging eine Vorbesprechung voraus, in der über ein Regulativ für die politischen Frauenorganisationen in Schlesien beraten wurde, wie über die Einsetzung einer Frauen-Landeszentrale. Nach Genossin Zockls Bericht über den Stand der politischen Frauenorganisation in Schlesien bestehen dort fünf Vereine mit zusammen 387 Mitgliedern. Dank dem Eingreifen der Genossin Popp in die

Diskussion überwinden die Delegierten bald ihre anfängliche Scheu und schilderten lebendig die Schwierigkeiten, mit denen die Agitation unter den proletarischen Frauen in Schlesien zu kämpfen hat. So zeitigten die Verhandlungen mancherlei praktische Anregungen für die weitere Arbeit der Genossinnen, die Genossin freundlich von Mähren aus auf Grund ihrer reichen Erfahrungen kräftig unterstützen wird. Das vorgeschlagene Regulativ fand einstimmige Annahme, obgleich es eine Erhöhung der Monatsbeiträge der Genossinnen um 4 Heller vorsieht, und die schlesischen Delegierten erklärten, daß es bei der Armut im Lande Mühe kosten werde, den Frauen die Notwendigkeit dieser gesteigerten Ausgabe klar zu machen. Die Mitglieder der politischen Frauenvereine, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, erhalten für ihren Monatsbeitrag von 34 Hellern die „Arbeiterinnen-Zeitung“; gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen zahlen nur 14 Heller Beitrag. Ein aus fünf Personen bestehendes Landeskomitee ist mit der Leitung der politischen Frauenbewegung beauftragt und hat seinen Sitz in Jägerndorf. Ihm gehört die Landesvertrauensperson für Schlesien an, die von der alle zwei Jahre stattfindenden Frauenkonferenz gewählt wird. Die Konferenz betraute Genossin Jockl mit diesem Amt. Der Tagung schlossen sich glänzende Agitationsversammlungen in Jägerndorf und Troppau an. Der Ausbau der Organisation, den die schlesischen Genossinnen energisch in die Hand nehmen, wird sicher beste Früchte für die sozialistische Frauenbewegung tragen.

I. K. Von der sozialistischen Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten. Seit dem 14. August hat unser New Yorker Parteiorgan in englischer Sprache, der „N. Y. Call“, ebenso wie die „New Yorker Volkszeitung“ seit bereits drei Jahren eine besondere Frauenrubrik, die einmal wöchentlich erscheint. Die Rubrik enthält regelmäßig einen Leitartikel über Tagesereignisse, die für Frauen von besonderem Interesse sind, Nachrichten über die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterinnen, Nachrichten über die politische Frauenbewegung, erzieherische Artikel, biographische Skizzen usw. Die Redakteurin dieser neuen Rubrik ist Anita C. Block, eine noch junge, aber ungemein eifrige Parteigenossin, die in der hiesigen Bewegung bestens bekannt ist. Sie ist die Sekretärin der Socialist Women's Society (sozialistischer Frauenverein). Bei den Delegationen, die im vorigen Winter vor den gesetzgebenden Körperschaften in Albany für und gegen das Frauenstimmrecht sprachen, vertrat Genossin Block zusammen mit Genossen John Spargo die sozialistische Partei des Staates New York. Die sozialistischen Frauen von New York und Umgegend haben das Erscheinen einer Frauenseite im New York Call im Interesse der sozialistischen Frauenbewegung mit großer Freude begrüßt.

Unser Frauenorgan für die Vereinigten Staaten, welches Anfangs den Titel „The Socialist Woman“ (Die sozialistische Frau) führte, erscheint seit einigen Monaten unter dem Namen: „The Progressive Woman“ (Die fortschrittliche Frau). Die Ursache dieses Namenswechsels war die Rücksicht auf das hier noch allgemein bestehende Vorurteil gegen das Wort „sozialistisch“. Frauen, welche sich mit der Verbreitung dieser sozialistischen Frauenseite befassen, finden, daß es seit Abänderung des Namens viel leichter ist, Abonnenten dafür zu gewinnen. Der Charakter der Zeitschrift ist selbstverständlich unverändert geblieben. Die treffliche Redakteurin, Genossin Josephine Conger Kaneko, ist bestrebt, „The Progressive Woman“ im streng sozialistischen Geiste zu halten und dabei eine möglichst große Anzahl Artikel über die verschiedensten Fragen zu bringen, um weite Kreise von Frauen zu interessieren. Es wird demnächst eine besondere Agitationsnummer, für die Lehrerinnen bestimmt, erscheinen, und im Oktober soll eine besondere sozialistische Propagandanummer herausgegeben werden.

Die Socialist Women's Society, welche im Juli vorigen Jahres in New York begründet wurde und sich drei Monate darauf mit dem deutschen Sozialdemokratischen Frauenverein verschmolz, wird am dritten Sonntag im Oktober in Brooklyn, New York, ihre erste jährliche Konferenz abhalten.

Die erste Agitationstour, welche die Organisatorin der Sozialistischen Partei unternommen hat, um die Frauen aufzuklären und politisch zusammenzuschließen, ist nicht ohne Hindernisse, aber erfolgreich verlaufen. Die Polizeiwillkür hat hindernd einzugreifen versucht, aber nur unfreiwillige Reklame für die sozialistische Propaganda gemacht. Das kam so: Als Genossin Maley in Brockton, einer bedeutenden Fabrikstadt des Staates Massachusetts, eine Strafenversammlung abhielt, wurde sie von einem wachhabenden Polizisten unterbrochen. Er behauptete, daß sie keinen Erlaubnisschein zur Abhaltung des Meetings habe, und löste die Versammlung auf. Von ihrer ganzen Zuhörerschaft begleitet, ging Genossin Maley in einen anderen Stadtteil, wo ein minder eifriger

Ordnungswächter das Regiment führte, und sprach dort zu einer noch weit größeren, ungemein begeisterten Menge. Die kapitalistische Presse der Stadt erörterte am folgenden Tage umgehend die Begebenheit und machte auf diese Art für weitere sozialistische Strafenversammlungen die beste Reklame. Obgleich die Konstitution der Vereinigten Staaten volle, unbeschränkte Redefreiheit und Versammlungsfreiheit verbürgt, herrscht dennoch eine so weitverbreitete und unberechenbare Polizeiwillkür, daß die Auflösungen sozialistischer Versammlungen und die Verhaftungen sozialistischer Redner durchaus keine Seltenheit mehr sind. Ja, neulich wurde sogar mit einer bürgerlichen Frauenrechtlerin, die eine Strafenversammlung abhielt, nach derselben gesetzwidrigen Methode verfahren. Die Sozialisten haben natürlich überall den Kampf für die Rede- und Versammlungsfreiheit mit großer Energie aufgenommen und ihn sogar in manchen Gegenden schon glänzend bestanden. So zum Beispiel vor einem Jahre in Kalifornien, wo mehrere sozialistische Frauen ihr Recht auf Redefreiheit festhielten, sich verhaften und ins Gefängnis werfen ließen, bis die öffentliche Meinung derart zu ihren Gunsten aufgerüttelt wurde, daß man sie aus dem Gefängnis entließ und ihre Versammlungen nicht weiter störte. Das sind Behinderungen unserer Verbearbeitung und Kämpfe, die sich die deutschen Genossinnen wohl kaum vom „freien Amerika“ träumen ließen.

Meta L. Stern, New York.

Frauenstimmrecht.

Ueber die Wirkungen des Frauenstimmrechts in Wyoming (Vereinigte Staaten von Nordamerika) äußerte sich Warren, Mitglied des Senats, wie folgt: „Ich bemerke, daß die Presse die Tatsache zu verstehen beginnt, daß die Emanzipation der Frauen befruchtend wirkt. In Wyoming haben wir das Frauenstimmrecht seit 39 Jahren. Von Anfang an hat es sich gut bewährt und ist seither für uns etwas so Selbstverständliches geworden, daß es schwer ist, sich unseren Staat ohne das Frauenwahlrecht vorzustellen. Seit vielen Jahren schon hat die Praxis mit jedem Widerstand dagegen aufgeräumt. Die Frauen interessieren sich für die öffentlichen Angelegenheiten und stimmen mit dem gleichen Verständnis wie die Männer. Sie bekleiden mit Erfolg die öffentlichen Ämter, für die sie sich eignen, und sie haben niemals versucht, solche zu erringen, für die sie nicht befähigt sind.“ Nach der Meinung des Senators Warren sollte die Frauenstimmrechtsbewegung in der nordamerikanischen Union ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, in den einzelnen Bundesstaaten die Bevölkerung über die Bedeutung der Forderung aufzuklären und damit ihre Verwirklichung auf dem Wege eines Referendums zu sichern. Die Gesetzgebung jedes einzelnen Staates der Union kann nämlich den Wählern die Frage vorlegen, ob die Einführung des Frauenstimmrechts in der Verfassung festgelegt werden soll, und erklärt sich die Mehrheit dafür, so ist der Sieg gewonnen.

Erhebungen über die Wirkung des Frauenstimmrechts beginnt die schwedische Regierung. Sie hat das Statistische Zentralbureau angewiesen, durch Vermittlung der Konsulate die Literatur und die Statistik über das Frauenstimmrecht im Ausland zu bearbeiten. Wiederholt hat die Regierung erklärt, daß derartige Vorarbeiten nötig seien, ehe das Frauenstimmrecht in Schweden eingeführt werden könne, sie hat sich aber reichlich Zeit — manches Jahrlein — gelassen, ehe sie das ihr nötig Erscheinende angeordnet hat.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Die erste Landeschulinspektorin in Kroatien ist angestellt worden. Ihr obliegt die Aufsicht über die Fachschulen für Mädchen. Mit dem neuen Amte wurde die Leiterin der Fachschule in Agram betraut.

Als vereidigte Uebersetzerin beim Appellationsgerichtshof zu Paris ist Frau Cighera angestellt worden. Die Anstellung verdient besondere Beachtung infolge des Anlasses, der zu ihr führte. Bei einem Prozeß machten sich die mangelnden Kenntnisse vieler vereidigter Uebersetzer sehr bemerkbar. Der Präsident des Appellationsgerichtshofes veranlaßte daher, daß die Uebersetzer einer Prüfung unterworfen werden. Ihr Ergebnis war, daß von 82 Herren 40 sofort entlassen werden mußten. Frau Cighera bestand die nämliche Prüfung glänzend. Die vereidigten Uebersetzer müssen eine Anzahl fremder Sprachen kennen und außerdem im Zivil-, Straf- und Völkerrecht gut bewandert sein.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.